

Die Weltbühne

Wochenschrift für Politik · Kunst · Wirtschaft

1905 begründet von Siegfried Jacobsohn

1926-1933 geleitet von

Carl v. Ossietzky

Herausgegeben von Maud v. Ossietzky und

Hermann Budzislawski

8. Febr. 1972

6

XXVII

50 Pfennig

Hermann Budzislawski: **Alexander Abusch**

E. Carlebach: **Für 10 Pfennig Wiedergutmachung**

Jan Gdański: **Die Spur des Kopernik**

Ben Swankey (Vancouver): **Die Französisch-Kanadier**

Rhenanus (Bonn): **Die Fallensteller**

Günter Caspar: **Ein Abend mit Fallada**

Larissa Wassiljewa: **Junge Dichter in Jerewan**

Joachim Joesten: **Hunger in Seattle**

Unsere schönsten Bücher

von Lothar Lang

Aus dem Inhalt der letzten Weltbühnenhefte

XXVI

- Nr. 49 H. Budzislawski Abschreckung oder Abrüstung?
J. Joesten Wieder Bombenkrieg gegen Vietnam
Henryk Keisch An den Ufern des Tiber
Rhenanus (Bonn) Begräbnis einer Zeitung
Jürgen Kuczynski Die Lichter erlöschen ...
G. Cwojdrak Eine sozialistische Gaunerkomödie?
Quidam Der Eideshelfer
Axel Schulze Ansichtskarte aus Lönun
Aron Vergelis (Moskau) Begegnung mit Agnon
G. Schaffer Die Krankheit der Labour Party
Walter Markov Kognak und Königsmörder
Eberhard Rebling Die Friedensbotschaft von Selm
- Nr. 50 Hermann Budzislawski Zum Thema: Sicherheit
Jürgen Kuczynski Verkehrsunfälle
Henryk Keisch Utopie als Geschichtskraft
Heinz Mode Bengalen im Brennpunkt
Lothar Lang Picasso-Ehrungen
Nobody Disput um ein Denkhoch
Burchard Brentjes Ölfelder kreißen
Gerhard Brüscke Wann zum Arzt?
Richard Christ Rummel rund um die Riesenfichte
Lothar Kusche Musik als Geschenk
- Nr. 51 Peter Theek Herr Walden ist traurig
Hermann Budzislawski Eine neue Phase?
Gordon Schaffer (London) Zimbabwe
G. Mittler „Opfer“ Parapsychologie?
D. Wattenberg Nicht Gott und nicht der Teufel
H. M. Reifferscheidt Die Neun von Cattonville
Henryk Keisch Unter Plagiatoren
H. Lebrecht (Tel-Aviv) .. Skandal um geraubtes Erdöl
E. Carlebach .. Das Verbrechen des Soldaten Wagner
Roland Links .. Wiederentdeckung eines Dramatikers
Franz Pechstein Wenn der Ziesel mit dem Maier
- Nr. 52 Hermann Budzislawski Blick nach vorn
Jürgen Kuczynski Neue amerikanische Statistiken
Heinz Knobloch Wenn Heine Geburtstag hat
B. Aptheker: „Sie kamen vor der Morgendämmerung ...“
Karl Böhm Das sehr große Kanonenboot
Rhenanus Ein Massenmörder
Friedrich K. Kaul Was wiegen die Beteuerungen?
Walter Markov Willkommen und Abschied
L. Kusche Die Wahrheit über die ollen Germanen
A. Dessau Rückers Report über das Schöpferische
R. Christ Von der Ordnung der Nadelhölzer
Gisela May Amerikanische Impressionen
Erhard Frommhold „La mère des Bolschewiks“

Inhalt:

Hermann Budzislawski	Für Alexander Abusch
Rhenanus (Bonn)	Die Prozedur
Lothar Lang	Das Leipziger Buch-Kolloquium
Ben Swankey (Vancouver)	Die Französisch-Kanadier
Günter Caspar	Ein Abend mit Fallada
Wolfgang Reischöck	Leussinks rein private Gründe
Joachim Joesten	Hunger in Seattle
Jan Gdański	Die Spur des Kopernik
Günther Maaß	„Fragging“
Emil Carlebach	Für 10 Pfennig Wiedergutmachung
Richard Christ	Wer ist wer?
Larissa Wassiljewa	Mit jungen Dichtern in Jerewan

Für Alexander Abusch

von Hermann Budzislawski

Als ich ihn kennenlernte, nannte er sich Ernst Reinhardt und schrieb den — meiner Erinnerung nach einzigen — Artikel, den er für die im Exil erscheinende Weltbühne beisteuerte, unter einem dritten Namen, den ich vergessen habe. Er hatte in jener Zeit, in den dreißiger Jahren, besonderen Grund zur Vorsicht; denn Alexander Abusch war Mitverfasser und Mitherausgeber des „Braunbuches über Reichstagsbrand und Hitlerterror“, über dessen Entstehung er vor ziemlich genau 25 Jahren einen aufschlußreichen Artikel in unserer damals wieder in Berlin unter Hans Leonard und Maud v. Ossietzky erscheinenden Zeitschrift veröffentlicht hat. Das „Braunbuch“ hat Geschichte gemacht. Es verwandelte Göring und die übrigen Reichstagsbrandstifter, die als Ankläger gegen die Kommunisten auftreten wollten, vor der ganzen Welt in Angeklagte, und auch in Deutschland selbst erfuhr man nun endlich, was sich in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933, in der auch Ossietzky verhaftet wurde, wirklich abgespielt hatte. Die Nazis, ihrer Verbrechen überführt, waren gewiß bereit, jeden am „Braunbuch“ Beteiligten, dessen sie habhaft werden konnten, umzulegen. Das „Braunbuch“ war die größte journalistische Leistung der Zeit und ist inzwischen zum historischen Dokument geworden.

Wer es verfaßt hatte, ahnte ich nicht, als ich, bei Ausbruch des Krieges inhaftiert, eines Tages im Lager Damigny in der Normandie die Ankunft eines neuen Gefangenenschubs beobachtete und unter den Ankömmlingen Albert Norden und Alexander Abusch entdeckte. War die Verbindung zu ihnen bis dahin locker gewesen, so lernt man sich unter den Bedingungen gemeinsamer Gefangenschaft — erst in Damigny, dann in Bassens bei Bordeaux — rasch besser kennen, und wir sprachen über mancherlei, über die Invasion der Nazis in Norwegen, über die Notwendigkeit einer deutschen Volksfront, frischten wohl auch unsere englischen Kenntnisse auf. Doch vom Werdegang des einzelnen erfuhr man so gut wie nichts.

★

Einem Aufsatz von Werner Neubert, der jetzt im Aufbau-Verlag in einem Buch erscheint, das Beiträge von Abuschs Freunden enthält, entnehme ich, daß Alexander Abusch als sechzehnjähriger Kaufmannslehrling in den Besitz des „Kommunistischen Manifests“ gelangte und durch dessen Studium verständlicherweise gründlich verändert wurde; daß er, vom Lesehunger befallen, alles in sich hineinschlang, von den Buddenbrooks bis zu Klopstocks Oden und sogar den Krimis; und daß er schließlich, 20 Jahre alt, die erste in einer Arbeiterzeitung erschienene Rezension über ein Werk des vier Jahre älteren Brecht publizierte. Lilly Becher berichtet in diesem Buch, daß sie — „in einem Anfall von Eifersucht“, wie sie schreibt — Johannes R. Becher einmal fragte, warum er in jener Zeit Alexander Abusch täglich besuchte. „Merk dir“, sagte Johannes R., „Ernst (Reinhardt) war in den zwanziger Jahren der erste Redakteur, der mich in der Parteipresse gedruckt hat.“ — „Aber du warst doch um diese Zeit bereits ein anerkannter Lyriker, jeder Redakteur hätte dich gedruckt“, sagte ich. — „Hätte, hätte ...“ erwiderte Becher. „Ernst hat.“

*

Alexander Abusch war bescheiden, und er ist es geblieben, auch als Minister und, bis vor kurzem, als Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Er war in jungen Jahren Redakteur und Chefredakteur in Bayern, in Thüringen, in Berlin, an der Ruhr. Doch von alledem wurde im Gefangenenlager nicht gesprochen, sondern von den Aufgaben der Zukunft, und natürlich von der Gegenwart, in der so viele hilflos waren. Gute Charaktereigenschaften setzt man voraus, doch sie auch nur zu erwähnen, gehört vielleicht nicht immer zum guten Ton. Aber ich denke, zum 70. Geburtstag kann man es jemand ruhig ins Gesicht sagen, daß man ihn schon vor dreißig oder vierzig Jahren schätzgelernt hat.

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs trennten sich unsere Wege wieder. Die Weltbühne war bei Kriegsbeginn verboten worden, und ich saß in den USA, wo an eine neue Herausgabe nicht zu denken war. In Mexiko lagen die Dinge anders. Viele der alten und manche neuen Mitarbeiter konnten für ein neues Blatt herangezogen werden, und so wurde Abusch der Chefredakteur des „Freien Deutschland“ in Mexiko, das die Idee der Volksfront weiter vertrat, sie fortentwickelte und vielen, die den Verlust einer solchen Zeitschrift bedauerten, einen neuen Sammelpunkt gab. Mir scheint, daß zwischen den nicht nebeneinander bestehenden, sondern aufeinanderfolgenden Zeitschriften ein innerer Zusammenhang bestand.

Dann kam der große Tag der Rückkehr, und Alexander Abusch wurde einer der eifrigsten Mitarbeiter des wiedererstandenen Blattes. Er brachte, gemeinsam mit Norden, den internationalen Weitblick mit, der naturgemäß in der Periode des Nazi-Interregnums verlorengegangen war, und er verstand es, Kulturpolitik auch journalistisch dort zu vertreten, wo der Kulturbund mehr organisatorisch und durch Veranstaltungen tätig war.

So kann man sagen, daß Abuschs Arbeit in der Weltbühne zwar nur ein Teil seiner umfangreichen, rasch anwachsenden politischen

und kulturellen Gesamtarbeit gewesen ist, daß dieser Teil sich aber doch logisch aus seiner Entwicklung mit ergab.

Wie er das alles bewältigt hat, Bücher und Broschüren schreibend, Reden haltend und einer neuen Jugend zur Seite stehend, weiß ich nicht. Jedenfalls vermochte er mit seinem Buch „Irrweg einer Nation“ Alten und Jungen, die unter einem Naziweltbild aufgewachsen waren, die Köpfe wieder in die richtige Richtung zu drehen. Und die Qualität litt nicht. Selten hat mich eine Rede so ergriffen wie der Nachruf auf Helene Weigel, den er im vorigen Jahr verfaßte. Da spürten wir: Abusch versteht wirklich, von Mensch zu Mensch zu wirken.

*

Es gehört zu Abuschs Lebensbild, daß es scheinbar einen Widerspruch enthält. Denn der Verehrer Goethes, Herders, Schillers, Humboldts und gleichzeitig auch der Entdecker zeitgenössischer Talente hat in seinem Leben oft und tiefreichende Anklage gegen „die Deutschen“ erhoben und ihre Schuld nicht nur ihnen selbst, sondern auch anderen darlegen müssen. Wie ist er, wie sind wir alle damit fertig geworden?

Natürlich stammt die richtige Antwort von Lenin, der vom Klassencharakter der zwei Arten Kultur in einem Volk sprach.

Aber bei der Verwickeltheit und Verschlungenheit der Klassen-gegensätze bin ich für eine ergänzende Bemerkung dankbar, die nicht von Abusch selber stammt, jedoch in seinem Artikel „Der Schriftsteller Ludwig Renn“ (Wb. 8/1947, Seite 339), als von diesem stammend, zitiert wird. Als Ludwig Renn nach 15 Jahren Emigration aus Mexiko zurückkam, sagte er bei seiner Ankunft: „Und ist mein Vaterland auch schuldig geworden, so ist es mir doch lieb.“ Im Bekenntnis zu diesem Schein-Widerspruch, Abusch hätte das genauso sagen können, liegt die menschengewinnende politische Kraft vieler seiner hier veröffentlichten Artikel.

Und nun, da es der 70. Geburtstag ist, dessen wir uns freuen, noch ein persönliches Wort der Dankbarkeit. Über die Zeit, da wir als Gefangene in französischen Lagern saßen, erzählte mir Abusch eine Geschichte, die wohl noch nicht niedergeschrieben worden ist. Abusch erzählte sie mir, ich glaube vor einem Jahr, hier in Berlin, zu meinem 70. Geburtstag. Er sagte mir: „Weißt du noch, wie dein Name vertauscht wurde und du versehentlich aus dem Lager Bassens bei Bordeaux entlassen worden bist?“ Nein, das wußte ich nicht, und nun erfuhr ich, daß auf den Akten von Albert Norden, Alexander Abusch und meinem Aktenstück vermerkt war, wir seien nie zu entlassen. Doch die Genossen beseitigten die Vermerke, die unsere Auslieferung bewirken konnten. Im Abstand weniger Stunden waren wir dann doch entkommen — nur ahnte ich nicht, welcher Gefahr ich entgangen war, bis es mir Abusch nun ganz nebenbei erzählte — ganz nebenbei —, als wären Hilfsaktionen und Solidaritätsakte das Selbstverständlichste von der Welt. Immer hilfsbereit, hat er viele von uns gelehrt, wie gemeinsam zu helfen ist. Möge er weiter so wirken, wenn ihm, wie wir alle es von Herzen wünschen, noch viele Jahre der Schaffenskraft und des Erfolgs bevorstehen.

Die Prozedur

von Rhenanus (Bonn)

Im Mai werde der Bundestag den Moskauer und den Warschauer Vertrag in dritter Lesung verabschieden, und daran anschließend werde die „Ausfertigung und Verkündigung des Ratifizierungsgesetzes“ durch den Bundespräsidenten erfolgen — diesen Terminplan gab der Sprecher der Bonner Regierung vor Beginn der parlamentarischen Prozedur offiziell bekannt. Wird es gelingen, ihn einzuhalten und das Programm unfallfrei abzuwickeln?

Zunächst einmal hat die Rechtspresse ihre Bemühungen, die revanchistischen Emotionen gegen den gesamten Komplex „Ostpolitik“ anzuheizen, noch verstärkt; doch das war zu erwarten. Parallel dazu ist schon seit Wochen eine Kampagne im Gang, um jene Kreise der Öffentlichkeit zu „verunsichern“, die durch die plumpe Hetze nicht zu beeindrucken sind: „Gutachter“ werden ins Brot gesetzt, um die von Strauß und seinen bayerischen Winkeladvokaten ins Spiel gebrachten „Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der Verträge“ mit scheinbar hieb- und stichfesten „juristischen Argumenten“ zu untermauern, und manche leisteten sich dabei in der Tat schon Erstaunliches, so zum Beispiel der Verfassungsrechtler Professor Friedrich Klein. Obwohl in seinem eigenen „Kommentar zum Grundgesetz“ ausführlich erläutert wird, daß und warum *politische* Verträge nicht der Zustimmung des Bundesrats bedürfen, erfand er jetzt die These vom „Vetorecht“ des Länderorgans. Übrigens war es die Studiengruppe „Politik und Völkerrecht“ des „Vertriebenenverbandes“, vor der er erstmals mit dieser Maßarbeit brillierte!

Unter diesen Umständen kam aber bereits der Overtüre zur Ratifizierung — sie fand im Rechtsausschuß des Bundesrats statt — erhöhte Bedeutung zu. Nicht, daß die Bundesregierung eine Abstimmungsniederlage hätte erleiden können, vielmehr verfügt sie im Rechtsausschuß über eine sichere Mehrheit. (Dank dem Umstand, daß dieses Gremium von den Justizministern gebildet wird und der Justizminister von Baden-Württemberg, des letzten noch von einer Großen Koalition regierten Landes, ein Sozialdemokrat ist!) Aber wie würden sich die Politiker der Union — vier der insgesamt elf Mitglieder — verhalten? Geschlossen und gemäß der Parole, die Franz Josef Strauß ausgegeben hatte — oder würden sie selbständig entscheiden? Das Ergebnis: Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Verträge nicht gegen die Verfassung verstoßen. Der Antrag, eine „klarstellende Ergänzung“ ins Grundgesetz aufzunehmen, wurde gegen die vier Stimmen der Union abgelehnt und die von dem Rechtsverdreher Klein behauptete „Zustimmungsbedürftigkeit der Verträge durch den Bundesrat“ verneint. Und dies geschah nun eben mit acht Stimmen (ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen): Ein Unionspolitiker hatte es also gewagt, er war ausgebrochen und hatte mit den Sozialdemokraten „gemeinsame Sache“ gemacht: der

von seinem Ministerpräsidenten Stoltenberg dazu ermächtigte Vertreter von Schleswig-Holstein!

Man hatte in Bonn wohl auf ein solches Zeichen gehofft, und dazu bestand auch Anlaß: Heinrich Köppler, Landesvorsitzender und Fraktionsführer der CDU in Nordrhein-Westfalen, hatte sich von vornherein dafür ausgesprochen, die Entscheidung des Parlaments anzuerkennen, und sogar Barzel hatte sich der Wendung bedient, man werde „unter Umständen“ — nicht aber „unter allen Umständen“ — wie Strauß es fordert — Klage beim Bundesverfassungsgericht erheben.

Es ist also Gerhard Stoltenberg, einst Direktor bei Krupp, dann unter Kiesinger Wissenschaftsminister, dem dabei eine Initiative zufiel, die ihn plötzlich wieder ins Rampenlicht rückt. Früher einmal galt er als einer der Konkurrenten um das höchste Amt in der Union. Doch nachdem er sich für die Landespolitik entschieden hatte, konnte Barzel ihn als Rivalen abhaken. Den Sprung zurück nach Bonn schaffen die wenigsten. Heute aber erinnert man daran, daß Stoltenberg mit einem Bein immer in Bonn geblieben sei. Sein Auftreten in den Länderorganen löste sofort eine Reihe von Spekulationen aus. Manche erblickten in ihm schon Barzels „heimlichen Gegenspieler“, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ und meint, damit gehe man wohl zu weit. Wir besitzen aber nun eine Information, die diese Annahme nicht nur bestätigt, sondern auch noch ein wenig ins Detail geht: Demnach wäre Stoltenberg der Repräsentant einer Gruppe, in der sein Mainzer Kollege Helmut Kohl als die treibende Kraft gilt. Man wolle nur noch, so heißt es, die Wahlen in Baden-Württemberg (im April) abwarten. Bestehe Barzel, nach Bremen, auch diese zweite Bewährungsprobe nicht, dann werde man sich für seine Ablösung durch Stoltenberg stark machen. Unsere Quelle ist absolut zuverlässig. Hier gab sie nur wieder, was ihr aus CDU-Kreisen zugeflossen war, und wenn trotzdem nichts dahintersteckt, so ist es doch ein recht bezeichnendes Gerücht!

Eines darf man aber wohl aus alledem schließen, ohne sich der Phantasterei schuldig zu machen: Die Gemäßigten in der Union, die sich ihrer politischen Vernunft rühmen, beginnen aktiv zu werden. Sie distanzieren sich von den bayerischen „letzten Preußen“ und ihrer Forderung nach dem totalen kalten Krieg. Das entgeht Strauß natürlich nicht. „Es wäre Schönfärberei“, so grollt der „Bayernkurier“, „das dabei (im Rechtsausschuß, d. V.) gezeigte uneinheitliche Bild der Union als besonders erfreulich zu werten.“ Zugleich öffnet er sich eine Hintertür: Er übernimmt die von der Union am Rhein vertretene Meinung, daß es sich bei der Vertragsratifizierung um eine „politische Angelegenheit“ handele, droht dann aber, notfalls werde der „Freistaat Bayern“ im Alleingang an das Bundesverfassungsgericht appellieren und Heinemann die Unterzeichnung der Gesetze durch eine einstweilige Verfügung verbieten lassen. Doch sogar der jüngst zum obersten Verfassungsrichter avancierte Benda winkt ab: „Wenn die Klage offensichtlich unbe-

gründet ist, gibt es keine einstweiligen Anordnungen .:." Denn die Verantwortung für ein Scheitern der Ratifizierung möchte er nicht tragen!

Aber will das vielleicht Rainer Candidus Barzel? Im Regierungslager ist man fest davon überzeugt, daß auch er längst seinen Rückzug organisiert. Was bleibe ihm denn auch anderes übrig? fragt FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach und tönt nicht ohne Pathos: „Auf den Trümmern der Entspannungspolitik könnte auch ein Kanzler Rainer Candidus Barzel sein rußgeschwärztes Antlitz nicht erheben. Barzel wäre in diesem Fall der Buhmann ganz Europas.“ Und Eppler: auch die CDU/CSU wisse schließlich, daß „bei einem Scheitern der Verträge auch die Westpolitik der Bundesrepublik in Scherben ginge“.

In Bonn hat die etwas forcierte Hochstimmung einen Dämpfer erhalten. Das hat ein vom „stern“ veröffentlichter Enthüllungsbauartikel bewirkt. Darin wird behauptet, daß man jetzt die Agenten ausgemacht habe, die Springers Inland-Dienst, Heinrich Bauers „Quick“ und Löwenthals ZDF-Magazin seit Jahr und Tag mit streng vertraulichen Staatspapieren belieferten. Ihre Namen: Dr. Franz Seume und Willy Bartsch, beide Mitglieder der SPD seit Mitte der zwanziger Jahre.

Dazu muß man folgendes wissen: Wie der „Schlesier-Häuptling“ Hupka, so gehören auch diese beiden aus Westberlin nach Bonn delegierten erbitterten Gegner der Entspannungspolitik dem Auswärtigen Ausschuß des Bundesparlaments an. Daß sie dort hineingewählt wurden, zu einem Zeitpunkt, da die Regierungserklärung bereits vorlag, ist bezeichnend für die sozialdemokratische Bundestagsfraktion. Die Konsequenz dieser Glanzleistung: Obwohl die Regierungsparteien im Auswärtigen Ausschuß über eine ähnlich knappe Mehrheit wie im Plenum verfügen, würde sich bei der Abstimmung die Mehrheit gegen die Ratifizierung aussprechen. Anders ausgedrückt: Der Auswärtige Ausschuß des westdeutschen Parlaments würde die Ablehnung der Ostverträge empfehlen! Ein peinlicher Schönheitsfehler, den man um jeden Preis vermeiden wollte. Deshalb hatte man die drei kalten Krieger einzeln in die SPD-Vorstands-„Baracke“ zitiert und sie gebeten, sich in der fraglichen Zeit krank zu melden und durch demokratische Kollegen vertreten zu lassen. Alle drei haben das abgelehnt. Wie gesagt, das ging voraus. Erst dann publizierte der „stern“ das Ergebnis seiner Recherchen und veranlaßte damit die Bonner Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen wegen des Verdachts auf Geheimnisverrat, zu welchen die Bundesregierung sie bereits Ende Juli 1971 ermächtigt hatte, auch auf Seume und Bartsch auszudehnen.

Es ist eine offene Frage, ob Henri Nannen dabei nur der gewerblichen Sensationslust frönte oder als Hilfsdienstwilliger für die Bundesregierung tätig war. Springer & Co. werden in jedem Fall an der zweiten Version festhalten und ihre beiden Zuträger als unschuldige Opfer einer „von den Linken“ in Szene gesetzten Patriotenjagd

glorifizieren. Ebenso eisern beharrt man in Kreisen der Bonner SPD darauf, daß man keinerlei Einfluß genommen habe und, im Gegenteil, höchst unangenehm überrascht von den „stern“-Enthüllungen sei, deren Wahrheitsgehalt man sogar, wenn auch ohne rechten Elan, anzuzweifeln versucht. Die offizielle Lesart lautet: Die Geschichte sei als ein „Manöver“ im Zusammenhang mit dem „Tauziehen um die Ostverträge“ zu werten. Mit solchen „Querschüssen“ sei „auch weiter zu rechnen“. Letzteres wird niemand bestreiten. Leider gehört das offenbar zu den unvermeidlichen Begleitumständen in der parlamentarischen Demokratie, und dagegen scheint auch dann kein Kraut gewachsen, wenn es darum geht, eine Entscheidung herbeizuführen, hinter der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung steht. Oder...? Jedenfalls ist das alles doch reichlich beklemmend. Und im Fall des Gelingens liest man dann vielleicht später einmal in den Memoiren beteiligter Persönlichkeiten, daß damals alles an einem Haar gegangen habe...

Das Leipziger Buch-Kolloquium

von Lothar Lang

Die Atmosphäre eines Zeitschriftenlesesaals ist sachlich, auch dann, wenn er zweckentfremdet wird, wie das alljährlich Ende Januar mit dem betreffenden Saal der Deutschen Bücherei in Leipzig geschieht. Er ist dann für mehrere Tage das Domizil einer vom Ministerium für Kultur und vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler bestellten Jury; sie soll die fünfzig schönsten Bücher des Vorjahres auswählen. Es geschah das in diesem Januar übrigens zum zwanzigsten Mal, und man kann sich vorstellen, welch stattliche Regale mittlerweile mit den schönsten Büchern unserer Republik gefüllt worden sind. In den beiden Dezennien wurde aber auch das hohe Ansehen, das unsere Buchkultur im Ausland genießt, befestigt und verbreitert. Der Leipziger Börsenverein gibt seit 1953 ein illustriertes Bulletin, seit längerem ein ansehnliches Büchlein, über die getroffene Auslese heraus. Wer die Bände durchsieht, blättert in der Geschichte der sozialistischen Buchkunst der DDR, deren beste Ergebnisse in aller Welt zu hohen Ehren gekommen sind.

Der Lesesaal in der Deutschen Bücherei verwandelte sich auch diesmal in die Stätte eines Kolloquiums, dessen Dispute öffentlich sind. Es kann also jedermann das Gespräch der Juroren verfolgen. Die Verlage machen reichlich davon Gebrauch. Sie schicken ihre Gestalter, den technischen und künstlerischen Leiter (gelegentlich kommt ein Verleger auch selbst) mit doppelter Absicht: einmal in der Hoffnung, daß sie vom Gespräch der Juroren fachlich profitieren könnten, und zum anderen als Berichterstatter vom Schauplatz des Geschehens, der eilig das Ergebnis, besonders für den eigenen Verlag, mitteilen kann. Die Stühle waren also immer besetzt, und es gab Stunden, da waren nur noch Stehplätze erhältlich.

Die Verlage hatten für diese Auswahl insgesamt zweihundertfünfzig Bücher nach Leipzig geschickt. Eine Vorjury besorgte die erste kritische Sichtung, sortierte in drei verschiedene Gruppen, die Hauptjury hatte die Arbeit nicht nur mit der höchstplacierten Gruppe, sondern mit allen, denn Gewissenhaftigkeit ist hier oberstes Gebot. Über die Tische der Juroren wanderten Bücher aller Kategorien: wissenschaftliche Werke, Lehr- und Schulbücher, Kinder- und Jugendliteratur, populärwissenschaftliche und politische Publikationen, Kunstbände, illustrierte Bücher, Bücher mit besonders schöner Typographie, bibliophile Stücklein, auch zwei buchbinderische Experimente.

Für einen Beobachter ist es immer schwierig, allen Gebieten gerecht zu werden. Ich habe zum Beispiel eine Vorliebe für einfallsreich und gut illustrierte Bücher. Trotzdem will ich auf zwei andere, ausgezeichnete Druckerzeugnisse aufmerksam machen, die mir sehr imponiert haben. Da ist zuerst die schwergewichtige Faksimileausgabe (in 700 Exemplaren) vom „Atlas des Großen Kurfürsten“ (vorgelegt von Edition Leipzig), dessen Original zu den kostbarsten Schätzen der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin gehört. Die Faksimileausgabe, Kostenpunkt übrigens 4140 Mark, ist zweifellos eine einmalige verlegerische und technische Leistung. Der Reichtum an Karten ist ebenso beeindruckend wie der metallbeschlagene Einband. Das aus der Barockzeit stammende Werk gehört mit dem „Rostocker Atlas“ und dem „Klenke-Atlas“ in London zu den historisch wichtigsten und schönsten Atlanten, die wir kennen.

Ein anderes schönes Buch — und ganz wohlfeil — legte der Dresdener VEB Verlag der Kunst vor: „Visionen eines Botanikers“ erwies sich als ein Bildband mit außergewöhnlich schönen Fotoaufnahmen, die in ihren subtilen Grauwerten den Eindruck reicher Farbigkeit beschwören; eine auch drucktechnisch mustergültige Leistung.

Ich könnte noch andere Bücher aufzählen, will jedoch darauf verzichten, um ein paar Zeilen für die Heinrich-Mann-Kassette zu verwenden, die der Aufbau-Verlag im vorigen Jahr herausbrachte und die widerspruchslos auf die Liste der „Schönsten Bücher“ gesetzt worden ist. Das Werk greife ich deshalb heraus, weil es als ein Beispiel für die einfallsreiche Buchkunst gerade auf dem Sektor der Belletristik gelten kann und — nicht zuletzt — weil es von dem hohen Niveau zeugt, die die Kunst der Buchillustration bei uns im allgemeinen erreicht hat.

Die Kassette enthält fünf Novellen Heinrich Manns, die jeweils von einem anderen Zeichner illustriert worden sind. Die Bände sind schon, für sich genommen, sehr schön, eine gediegene typographische und buchbinderische Leistung. Die Illustratoren heißen Rolf Münzner („Eine Liebesgeschichte“), Klaus Ensikat („Kobes“), Karl-Georg Hirsch („Gretchen“), Werner Ruhner („Der Unbekannte“) und Peter Nagengast („Pippo Spano“). Eine ausgesprochen schwache Illustrationsleistung gibt es in diesen Bändchen nicht. Werner Ruhners Zeich-

nungen habe ich freilich nicht so gern, ich finde sie etwas einfallslos, was die Szenerie, und trocken, was den Strich betrifft. Da ist Hirsch lebendiger, lockerer in der Zeichnung, präziser in der Verbildlichung. Eine Überraschung ist Nagengast, seine ebenso galanten wie genießerisch wirkenden Federzeichnungen treffen genau das Timbre der Novelle („Pippo Spano“): eine Bereicherung der nicht eben zahlenmäßig starken Heinrich-Mann-Illustration und ein Fortschritt für den Illustrator.

Von Ensikat, der den „Kobes“ illustrierte, hätte man annehmen können, daß er dem suggestiven Einfluß von George Grosz erliegen würde, denn der hat 1925 diese Novelle mit satirisch scharfen Zeichnungen versehen. Aber nicht Ensikat holte Anleihen bei Grosz, sondern Rolf Münzner, der „Eine Liebesgeschichte“ mit Zeichnungen versah. Er machte das mit Anstand, gab den Blättern beängstigende Fülle, zeichnete viele Situationen auf ein Blatt, arbeitete also simultan, wie Grosz, verwandte aber auch zuweilen die Typologie des Meisters und gelegentlich auch die Strichmanier, was nun wahrlich nicht originell ist.

Man sollte nicht unbedingt alte Hüte aufsetzen, auch wenn sie einmal sehr schön waren. Ensikat hingegen tut so, als habe er die Illustrationen von Grosz nie gesehen. Und das ist gut. Er zeichnete zwar zuweilen dieselben Szenen, die auch Grosz gegeben hat. Aber er machte das ganz anders. Ensikat bleibt distanziert, die Sozialkritik, die bei Grosz leidenschaftlichen Ausdruck findet, macht hier purer Komik Platz. Eine sehr bemerkenswerte Illustrationsleistung, auch zeichnerisch gut bewältigt. Wer die Heinrich-Mann-Kassette erworben hat, besitzt ohne Zweifel eine der schönsten Illustrationsausgaben des vorigen Jahres — die Jury in Leipzig hat es bestätigt.

Natürlich haben die Juroren auch Kritik an vielen Büchern geübt. So wurden Farbschwankungen im Druck gerügt, unüberlegte Typographien bemängelt, Schwächen bei Einband und Schutzumschlag vermerkt, kurzum, jedes Buch wurde unter die Lupe genommen, modischer Firlefanz, sofern er überhaupt ansichtig wurde, zurückgewiesen, Qualität galt als oberstes Gebot. Die Arbeit der Jury ist anstrengend, schließlich ist es nicht jedermanns Sache, sieben oder acht Stunden hintereinander Bücher durchzusehen und kritisch zu bewerten, und das über drei oder vier Tage hinweg. Diesmal stand die Jury mehr als sonst im Blickpunkt der Öffentlichkeit, es kamen viele Zeitungsleute, und das Fernsehen irritierte die Juroren mit grellem Scheinwerferlicht. Aber es muß einmal gesagt werden, daß diese Jury — sie arbeitet übrigens seit vielen Jahren unter dem Vorsitz unseres gelegentlichen Mitarbeiters Professor Dr. Bruno Kaiser — so etwas wie das gute Gewissen unserer Buchproduktion geworden ist. Wir sollten die Arbeit dieser Fachleute nicht vergessen, wenn wir uns in einer Buchhandlung an den vielen schönen Büchern erfreuen. Diese Juroren sind es, die für uns über die Qualität unserer Buchkunst wachen und mit dafür sorgen, daß unsere Republik als ein Land des guten und *schönen* Buches bekannt ist.

Die Französisch-Kanadier

von Ben Swankey (Vancouver)

Der Kampf der Französisch-Kanadier für ihre Selbstbestimmung hat eine neue Stufe erreicht. Sie leben hauptsächlich in der Provinz Quebec; ihr Anteil an der Bevölkerung ganz Kanadas (22 Millionen) beträgt etwa ein Fünftel. Neu in Quebec ist, daß der Kampf für nationale Gleichheit, für demokratische Rechte und für die Bedürfnisse der Werktätigen mehr und mehr zu einem einheitlichen Kampf zusammenwächst, bei dem die Arbeiterklasse die Führung zu übernehmen beginnt.

Katalysator bei diesem Prozeß waren die Aussperrung und der Streik aller Arbeiter von LA PRESSE, Montreals größter französischer Tageszeitung. Es ging hier vor allem um die Sicherheit der Arbeitsplätze und um Mitbestimmung bei technologischen Veränderungen. Die Arbeiter von LA PRESSE gehören zu Gewerkschaften, die der Quebec Confederation of Labor angeschlossen sind; sie zählt 250 000 Mitglieder und gehört selbst wieder zu Kanadas größtem Gewerkschaftsbund, dem 1,7 Millionen Mitglieder umfassenden Canadian Labor Congress; dazu kommt noch die Confederation of National Trade Unions mit 207 000 Mitgliedern, hauptsächlich französisch-kanadische Arbeiter in der Provinz Quebec.

Die drei erwähnten Gewerkschaften und auch die Lehrervereinigung von Quebec (70 000 Mitglieder) unterstützten eine Demonstration zugunsten der streikenden Arbeiter. Sie fand statt trotz einem Verbot, das Montreals reaktionärer Bürgermeister Jean Drapeau erlassen hatte. Die Polizei griff die Demonstranten brutal an, eine schwangere Frau wurde getötet, 340 der 12 000 Demonstranten erlitten Verletzungen. Auf diese Attacke antwortete die vereinigte Gewerkschaftsbewegung mit einer großen Protestversammlung unter dem Motto: NO TO FASCISM; 15 000 nahmen daran teil.

Bedeutsam an diesen beiden Ereignissen ist, daß sie zwei Gewerkschaftszentren zu gemeinsamer Aktion zusammenführten — bisher waren die QFL und die CNTU stets getrennt, oftmals gab es zwischen ihnen auch heftige rechtliche Auseinandersetzungen. Und ebenso bedeutsam waren auch die Beschlüsse auf der Tagung der Quebec Confederation of Labor, die bald danach stattfand. Zum ersten Mal hat man sich für das Selbstbestimmungsrecht Französisch-Kanadas ausgesprochen, einschließlich des Rechts auf Souveränität „in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Hoffnungen der Arbeiterklasse“.

Die Wurzeln der Probleme, vor denen die französischen Kanadier heute stehen, reichen weit in die Vergangenheit zurück. Ganz zu Anfang war Kanada eine französische Kolonie. Am Ende des Siebenjährigen Krieges zwischen Frankreich und England, im Jahre 1763, wurde das feudale Frankreich von einem England besiegt, dessen kapitalistische Entwicklung schon ein beträchtliches Maß erreicht

hatte. Durch den Friedensvertrag von Paris wurde Frankreich gezwungen, das heutige Kanada an England abzutreten.

Anfangs versuchte die englische Regierung, die französischen Kolonisten an den Ufern des St.-Lawrence-Stroms zu „anglisieren“ — ohne jeden Erfolg. Schließlich, mit einem bangeren Auge auf die beginnende amerikanische Revolution, arrangierten die Briten sich mit der französischen Hierarchie in der Kolonie — das Wesen des Quebec-Act von 1774 bestand darin, daß der französischen Hierarchie, als Entschädigung für ihr Loyalitätsversprechen gegenüber England, ihre herrschende Stellung in der Kolonie beizubehalten erlaubt wurde; zugleich wurde die Beibehaltung der französischen Sprache, des französischen feudalen Gesetzbuches und der feudalen Grund- und Boden-Ordnung gestattet. So wurde in Quebec der Feudalismus künstlich am Leben erhalten, nachdem England bereits den Weg zum Kapitalismus beschritten und den Protestantismus zur offiziellen Staatsreligion gemacht hatte.

Ein Jahr später drangen die aufständischen amerikanischen Kolonisten in Kanada ein und besetzten den größten Teil, einschließlich Montreals. Die Bevölkerung von Französisch-Kanada begrüßte die amerikanische Revolution enthusiastisch, viele Siedler trafen in die amerikanische Armee ein. Aber die militärischen und politischen Führer Amerikas unternahmen nichts, um die katholische Hierarchie zu beseitigen und die feudale Grund- und Boden-Ordnung zu ändern; so verwandelte sich der Enthusiasmus der französisch-kanadischen Bevölkerung in Passivität. Eine verstärkte britische Armee zwang die Amerikaner schließlich zum Rückzug. Die amerikanische Revolution war an Kanada vorübergegangen.

Im Jahre 1837 waren die Bauern, die Arbeitsleute und die aufkommenden Mittelklassen von Quebec, das jetzt Lower Canada genannt wurde, zum bewaffneten Kampf gezwungen: sie wollten den Feudalismus beseitigen und sich den Weg öffnen für jene Form relativer Freiheit, die mit der Geburt des Kapitalismus verbunden war. Dieser Aufstand unter Führung von Joseph Papineau, der bis zum heutigen Tag der Held des französisch-kanadischen Volkes geblieben ist, wurde in Blut erstickt. Eine ähnliche Rebellion in der angrenzenden Kolonie Upper Canada (heute die Provinz Ontario), geführt von William Lyon McKenzie, wurde ebenfalls blutig niedergeschlagen.

Im Jahre 1867 wurden die vier englischen Kolonien in Ostkanada — Upper Canada, Lower Canada, Nova Scotia und New Brunswick — zum Dominion Kanada vereinigt. Dem französischen Kanada wurde ein gewisses Maß an Anerkennung zuteil: Französisch wurde als eine der offiziellen Sprachen Kanadas eingeführt, unter einer föderativen Regierungsform teilte man das Land in vier Provinzen auf, von denen eine Quebec war. Aber von einer Anerkennung der Französisch-Kanadier als Nation, von einer Zubilligung nationaler Gleichheit innerhalb des Bundes konnte keine Rede sein.

Während seiner ganzen Geschichte ist das Volk von Französisch-Kanada wie ein besiegtetes Volk behandelt worden. Mit Hilfe der

mächtigen und reichen katholischen Hierarchie, die vom Staat subventioniert wurde und bis vor wenigen Jahren noch das ganze Erziehungssystem kontrollierte, wurden die französischen Kanadier in einem Zustand der Zurückgebliebenheit gehalten, ihr Lebensstandard war stets bedeutend niedriger als im übrigen Kanada.

Unter Premierminister Maurice Duplessis, der die Waffe des Nationalismus im Interesse von Big Business anwendete, lebte das Volk von Quebec, im Grunde genommen, unter einer Diktatur: er hat Quebec mit eiserner Faust von 1936 bis 1939 und von 1944 bis zu seinem Tod im Jahre 1959 regiert. Die Arbeiter waren ohne Rechte, Streiks wurden brutal unterdrückt; progressive Leute, die soziale Reformen anstrebten, wurden unter dem infamen „Padlock-Gesetz“ gejagt: dieses Gesetz besagte, daß jede Wohnung, die „kommunistische“ Literatur enthielt, verschlossen und ihre Bewohner vertrieben werden konnten.

Die Löhne in Quebec sind auch heute noch niedriger als in der Nachbarprovinz Ontario; in Quebec verdient man 25 Prozent weniger. Dafür gibt es in Quebec 40 Prozent der Arbeitslosen Kanadas, und die Sozialbeihilfen sind schändlich gering. In dieser Provinz sind die Preise in den Arbeiterbezirken höher als in ähnlichen Bezirken anderer Provinzen, überall wuchert die Inflation. Montreal, die Hauptstadt Quebecs, hat die elendesten Slums in ganz Kanada. Die Mieten sind schwindelerregend hoch. Offizielle Berichte geben zu, daß jede dritte Wohnung in Quebec unzulänglich ist und unter dem zumutbaren Standard liegt.

Das Niveau der Schulbildung ist niedrig; nur 55 Prozent der Bevölkerung haben sechs Klassen abgeschlossen. Auch der Gesundheitsstandard ist niedriger als im übrigen Kanada. So ist zum Beispiel die Kindersterblichkeit in Quebec 25 Prozent höher als in Ontario. Es gibt weniger Kliniken und einen niedrigeren Stand der Sozialeinrichtungen als im übrigen Kanada. Der Marsan-Report zeichnete ein erschreckendes Bild: mehr als die Hälfte der Kinder in Quebec leidet an Krankheiten, deren Hauptursache unzureichende Ernährung ist.

Sogar in überwiegend französisch-kanadischen Städten und Industriebezirken, wo alle oder fast alle Arbeiter französische Kanadier sind, ist Englisch die Arbeitssprache, und französisch-kanadische Arbeiter müssen für das Recht streiken, an ihrem Arbeitsplatz ihre Sprache sprechen zu können. Die Vorarbeiter und Inspektoren sind auch meist englischsprechende Kanadier.

Die Wirtschaft Kanadas ist ganz überwiegend in ausländischer Hand, an erster Stelle stehen Amerikaner, Engländer oder englische Kanadier. Weniger als 20 Prozent der französisch-kanadischen Wirtschaft gehören französischen Kanadiern. Etwa 60 Prozent der Industrie in Quebec, 44 Prozent des Transportwesens, 40 Prozent des Bergbaus und 32 Prozent des Großhandels sind in ausländischer Hand, hauptsächlich in amerikanischem Besitz.

(Ein zweiter Artikel folgt)

Ein Abend mit Fallada von Günter Caspar

In Johannes R. Bechers „Tagebuch 1950“ findet sich unter dem 24. Dezember folgende Notiz: „Und einmal Weihnachten mit Fallada. Und mit Fedin. Wobei ich über Fallada sprach, in seiner Anwesenheit; die kleine Rede, die ich ihm zu (von heute aus gesehen: keineswegs übertriebenem) Lobe hielt, war dieselbe, die ich ihm einen Monat später bei großer Kälte im Krematorium in Wilmersdorf zu halten hatte.“ Diese Rede, unter dem Titel „Was nun? / Zu Hans Falladas Tod“ im Februarheft 1947 der Zeitschrift „Aufbau“ und danach mehrfach gedruckt, ist die klügste, gerechteste, wärmste Würdigung, die Fallada je erfuhr.

Den Tagebuchschreiber ließ die Erinnerung in zwei Details im Stich: Becher hielt den Nachruf nicht in Wilmersdorf, sondern im Krematorium Gerichtstraße, und nicht einen Monat, sondern ein gutes Jahr später. Zum 24. Dezember 1945, nach zwölf Wintern des Exils wieder in der Heimat, hatte Becher — so Lieselotte Thoms, ein Gast des Abends — „einige alte Freunde zu sich eingeladen und auch ein paar junge Menschen. Konstantin Fedin war gekommen, Hans Fallada, Heinz Willmann und einige andere. Für eine Weile saß auch Wilhelm Pieck in diesem Kreis.“ Nirgendwo sonst als bei Becher hätte Fallada — wörtlich und symbolisch — einen Konstantin Fedin, einen Wilhelm Pieck treffen können.

Vor allem Fedin hat diesen Abend in fester Erinnerung behalten. Er hatte dem Nürnberger Prozeß beigewohnt und war während der Weihnachtspause oder auf der Rückreise nach Berlin gekommen. Pieck und Becher kannte er gut. Ein Mensch wie Fallada war ihm, dem Autor von „Städte und Jahre“ und „Ich war Schauspieler“, nicht durchaus fremd. Als das Gespräch auf Nürnberg und die Zukunft des deutschen Volkes kam, erlebte er diese „zwei Pole“:

„Der überreizte, krankhaft ungeduldige Hans Fallada sprach abgerissen, er stellte überraschend Fragen, war aber außerstande, die Antworten bis zu Ende anzuhören. Die einfachen Deutschen müssen wissen — was weiter? Der Nürnberger Prozeß ist ihnen unwichtig, sie wissen ohnehin, daß sie betrogen worden sind, sie hassen die Vergangenheit, aber da sie jetzt keine Zukunft sehen, wieso soll denn die Zukunft besser sein als die Vergangenheit?“

Wilhelm Pieck antwortete gemächlich, bereit, seinen Gedanken ausführlich darzulegen, und gutmütig bestrebt, die Unterhaltung in logische Bahnen zu lenken. „Gerade weil der einfache Deutsche, der Arbeiter, der Bauer, die Vergangenheit haßt, will er und wird er keine schlechtere, sondern bessere Zukunft suchen. Aber eine bessere Zukunft, als er sich selbst geben kann, wird ihm keiner geben. Er selbst, seine Macht, wird ihm helfen, all das zu beseitigen, was ihm verhaßt ist, und das zu schaffen, was er für sich wünscht.“

Als Fedin das Gespräch dieses Dezemberabends in Rede und Gegenrede aufschrieb, waren fünfzehn Jahre vergangen. Das ungleiche Duell muß ihn fasziniert haben. Man glaubt, den Tonfall des überreizten Fallada zu hören und den gemächlich-logischen Wilhelm

Piecks. Der Kommunist und Politiker war dem eigenbrötlerischen Schriftsteller, der zeit seines Lebens „für sich allein“ stand, nicht nur in der Sache und in den Argumenten überlegen, Wilhelm Pieck besaß auch die Geduld des Verstehenwollens und die Geduld des Ratschlags.

„Schließlich und endlich mußte der Schriftsteller Fallada dasjenige sagen, ohne das es noch nie einen Meinungsstreit zwischen einem Schriftsteller und einem Politiker gegeben hat: „Der heutige Deutsche erkennt als Tatsache nur das an, was er sieht, und nicht das, was man ihm sagt. Sache des Politikers ist es, sich die Wirklichkeit unterzuordnen. Sache des Künstlers ist es, die Wirklichkeit so zu gestalten, wie sie ist.“

Wilhelm Pieck schüttelte plötzlich mit sanftem Lächeln den Kopf. „Gewiß, so ist es. Aber ist es denn dem Schriftsteller gleichgültig, welche Wirklichkeit er zeigt? Und wenn sich der Politiker die Wirklichkeit unterordnet, um sie schöner zu machen, würde es dann dem Schriftsteller nicht angenehmer sein, eine schöne Wirklichkeit zu zeigen als eine scheußliche, verbrecherische, he?“

Hans Fallada starb vor fünfundzwanzig Jahren. Mit Köpfen wie Becher, Fedin, Pieck war er zu spät und für zu kurze Zeit zusammengetroffen. Sein Verdienst bleibt es, in seinen besten Romanen jene scheußliche, verbrecherische Wirklichkeit als scheußlich und verbrecherisch gezeigt zu haben. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Leussinks rein private Gründe

von Wolfgang Reischock

Hans Leussink, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, ist zurückgetreten; das offizielle Bonn spricht von „rein privaten Gründen“. Die CDU/CSU-Opposition quittierte das mit höhnischem Gelächter, was ihren Führern nun freilich nur wie Schmierenkomödianten geriet. Denn sie gerade hatten ja während ihrer Regierungszeit alle bildungspolitischen Anstrengungen darauf konzentriert, das Bildungswesen der BRD auf einem geradezu hinterwäldlerischen Niveau zu halten und in der Rangordnung der Bildungsausgaben in der europäischen Tabelle einen der letzten Plätze einzunehmen, unmittelbar vor Portugal.

Deshalb wurden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit Hoffnungen geweckt, als 1969 Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung den Bildungsaufgaben höchste Priorität zuwies und verkündete, die Schule der Nation sei die Schule (und nicht die Bundeswehr, wie sein Amtsvorgänger und ehemaliger Koalitionspartner Kiesinger erklärt hatte).

Es begann auch verheißungsvoll. Eine „Bildungsstrategie für die 70er Jahre“ wurde ausgearbeitet, die sich auf 1500 Seiten neu ausgearbeiteter Dokumente, Berichte und Pläne stützte. Eine Bund-

Länder-Kommission für Bildungsplanung wurde gegründet. Ihr Vorsitzender: Bundeswissenschaftsminister Hans Leussink. Die Kommission arbeitete auch fleißig an Reformplänen. Deren Kernstück war eine „integrierte Gesamtschule“, von der man eine Verbesserung der Bildungschancen für die Kinder aus den „unteren Sozialschichten“ erhoffte – oder doch so tat, als ob man dies täte. Es ist verständlich, daß solche Pläne weithin Beifall fanden, nicht zuletzt bei denen, die seit langem eine bessere Bildung für alle gefordert hatten, insbesondere für die Arbeiterkinder, die durch das bisherige System in der BRD notorisch diskriminiert sind.

Doch die Motive, die die Bonner Bildungsplaner zur Reform trieben, waren nicht nur humanitärer Art, falls sie dies überhaupt jemals gewesen sind. Die Entwicklung der modernen Produktion drängt auf eine Veränderung der Qualifikationsstruktur zugunsten der geistigen Arbeit. Um konkurrenzfähig zu bleiben, muß man Bildung investieren, Bildung wird – so kann man in westlichen Publikationen jetzt öfter lesen – zum „Investitionsgut“. Leussink hat diesen Gedanken in einer Bundestagsdebatte im Oktober 1970 bekräftigt: Die Bundesrepublik könne es „sich nicht leisten, in einer Skala der Bildungsausgaben der OECD-Länder mit Portugal und der Türkei in der Schlußgruppe zu liegen“, weil „auf längere Sicht Bildungsrückstand zu einer Minderung der Wirtschaftskraft“ führe (für „Wirtschaftskraft“ zutreffender: „Profit“).

Die Bildungskommission, der Hans Leussink vorstand, möchte (so im Vorwort zu ihrem „Strukturplan“) ein „Reflex der Gesellschaft“ sein. Ihr gehören neben den Kultusministern der Bundesländer unter anderem Vertreter der „Unternehmer“ an, zum Beispiel (in einem Ausschuß) der Vorsitzende des „Ettlinger Kreises“, eines Gremiums von Industriellen. Der Vorsitzende des DGB allerdings schied bereits nach einem Jahr aus, und Vertreter der Lehrerverbände wie von Elternorganisationen gibt es laut Personalregister der Kommission nicht. Wozu auch? In dieser Kommission wird die Entwicklung der Arbeitskraft nach den zeitgemäßen Notwendigkeiten der Ausbeutung geplant. Wenn in diesem Zusammenhang immer von „Leistungsfähigkeit“ die Rede sei, sagte der ehemalige unter Protest zurückgetretene Westberliner Schulsenator Carl-Heinz Evers, so müsse man doch wohl fragen, wem die Leistung dienen und nützen solle. „Wäre ‚Leistung‘ wertmäßig indifferent, dann müßten die minuziösen Fahrpläne nach Auschwitz als hervorragende Leistung gelten.“

Leussink scheiterte an den Widersprüchen des Systems, das er selber vertritt. Bereits am 12. Juni 1970 hatte die Regierung Brandt der Öffentlichkeit einen Bildungsbericht vorgelegt, der unvorsichtigerweise bis ins prekäre Detail der Finanzierung ging. Kurz danach machte sich der Finanzminister ans Werk – nicht, um die erforderlichen Geldbeträge flüssigzumachen, sondern um sie zu kürzen: Der für 1972 geplante Bildungsetat wurde um 1,4 Milliarden reduziert, während die direkten und indirekten Rüstungsausgaben auf rund 30 Milliarden anwachsen. Mag sein, daß die Bundeswehr

offiziell nicht mehr als die „Schule der Nation“ angesehen wird, sie nimmt jedenfalls der Schule weiterhin die Entwicklungsgrundlage.

Ein anderer Widerspruch wirkt noch tiefer. Selbst die begrenzten Reformen, die im Interesse der herrschenden Klasse geplant sind, würden noch den bisher benachteiligten Kindern bessere Bildungsmöglichkeiten eröffnen. Wenn eine politisch aufgeklärte Lehrerschaft gleichzeitig einen stärkeren Einfluß auf die *Bildungsinhalte* ausüben würde (und dafür mehrten sich die Anzeichen), so könnte eine der Säulen bürgerlicher Herrschaft, das Bildungsprivileg, ins Wanken geraten. Man braucht also die Bildungsreform zum Fortbestand der Ausbeuterordnung – und man will sie dennoch nicht haben, weil sie den Fortbestand jener Ordnung gefährdet.

Aus diesem Widerspruch gibt es kein Entrinnen. Erich Frister, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, hat erkannt, was die Reformpläne (und mit ihnen Leussinks Bildungscommission) in die Krise stürzen ließ: „Viele, die den finanziellen Aufwand für den Ausbau unseres Erziehungssystems scheuen, fürchten im Grunde politische Änderungen.“ Die Gegner der Reform seien vor allem „die Unternehmer, wie sie sich in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände repräsentieren“.

Unter Leussinks Leitung hat die Bildungscommission den fünften Entwurf eines Reformplanes verabschiedet, dann überließ er – bereits ein Vierteljahr vor seinem Rücktritt – den Vorsitz in der Kommission dem Mainzer Kultusminister Bernhard Vogel (CDU), von dem ja nun auch nicht gerade Revolutionäres zu erwarten sein wird. GEW-Vorsitzender Frister sprach schon damals vom „Abschied von der Bildungsreform“. Nun nahm auch Leussink Abschied. Bevor er sein Amt vor zweieinhalb Jahren antrat, war ihm, dem Mitglied des Verwaltungsrates der Krupp AG und Mitglied der „Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung“, angeboten worden, als Berater bei der Firma Krupp zu wirken. Ob zu Krupp oder anderswohin – es dürfte ihn wohl in diese Sphäre zurückziehen. Er hatte sie eigentlich nie verlassen.

Hunger in Seattle

von Joachim Joesten

Im Herzland des Kapitalismus, den USA, herrscht nackter Hunger. Wir wissen das längst, aber jetzt hat auch das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ in seiner Ausgabe vom 24. Januar 1972 diese Tatsache unumwunden zugeben. Unter der (im Englischen und Deutschen gleichlautenden) Überschrift „Hunger in Seattle“ berichtet das Blatt über Zustände, die man in der großen Metropole des Nordwestens kaum für möglich gehalten hätte:

„Vor fast zwei Jahren entstand in Seattle ein Hungerproblem, nachdem das Wirtschaftsleben der Stadt infolge der Entlassung von 63 000 Arbeitern bei Boeing (einem der größten Flugzeugkonzerne der USA —

J. J.), dem größten Arbeitgeber von Seattle, aus den Fugen geraten war. Durch eine kränkliche Holzwirtschafts-Industrie wurde das Problem verschärft, so daß sich der Anteil der Arbeitslosen zu Beginn des Jahres 1972 auf 12 Prozent belief. Von den 1 400 000 Menschen, die in den drei Bezirken von und um Seattle leben, waren 72 500 ohne Arbeit.“

Rund die Hälfte von ihnen hat die ihnen aus der Sozialversicherung zustehende Arbeitslosenunterstützung verbraucht und ist jetzt auf Wohlfahrt angewiesen, berichtet das Blatt weiter. Eine Zeitlang versuchte eine Gruppe wohlthätiger Verbände, die sich „Neighbors in Need“ (Nachbarn in Not) nannte, durch die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln dem Elend zu steuern, doch reichten diese privaten Bemühungen nicht aus. Darauf stellten die beiden Senatoren des Bundesstaates Washington (in dem Seattle liegt), Warren Magnuson und Henry Jackson, den Antrag, der notleidenden Bevölkerung von Seattle durch Zuwendungen aus den Überschußbeständen des Landwirtschaftsdepartements zu Hilfe zu kommen. Ihre Bitte traf jedoch bei der Regierung Nixon auf taube Ohren. Man machte juristische Bedenken geltend...

Schließlich platzte Senator Magnuson der Kragen. In seiner Rede vor dem Kongreß teilte er mit, daß die Bewohner von Seattle jetzt von der japanischen „Schwesterstadt“ Kobe Liebesgabenpakete erhielten, und rief dann mit bewegter Stimme in den Saal: „Ich habe mich früher nie wegen meiner Regierung geschämt. Aber heute stehe ich hier, im größten Parlament der Welt, zutiefst gedemütigt...“

Das half. Im November 1971 erstattete ein Unterausschuß des Senats einen Bericht, in dem das Landwirtschaftsdepartement beschuldigt wurde, durch die Verweigerung von Bundeshilfe für die Notleidenden von Seattle den Sinn des Gesetzes (über die Lagerung von Überschußbeständen) verletzt zu haben. Ein Bezirksgericht schloß sich dieser Auffassung an. Gegen dieses Urteil wollte das Landwirtschaftsdepartement Berufung einlegen, doch der erboste Magnuson schlug mit scharfer Waffe zurück: Er setzte im Senat eine Resolution durch, durch die der Regierung verboten wurde, Berufung einzulegen.

Notgedrungen also, nicht aus humanitären Erwägungen, gab Nixon daraufhin Mitte Dezember die Anweisung, Lebensmittel aus Bundesbeständen unter den Hungernden von Seattle zu verteilen. Eine erste Lieferung von 4 Millionen Pfund ist inzwischen zur Verteilung gelangt. Weitere sollen folgen.

Was „Time“ in diesem Zusammenhang allerdings nicht erwähnt, das ist, daß das Hungerleiden in den USA keineswegs eine Novität darstellt. Unter der schwarzen Bevölkerung der Südstaaten, vor allem in Alabama und Mississippi, herrscht seit Jahrzehnten grausame Hungersnot. Doch das steht natürlich auf einem anderen Blatt: Neger verdienen es nicht besser.

Daß aber jetzt in einer Hochburg der Weißen (im Bundesstaat Washington ist der Anteil der Farbigen verschwindend gering) so große Not ausgebrochen ist, daß ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung von Liebesgaben aus Japan leben mußte, bevor die Regierung zum Eingreifen gezwungen werden konnte, wird, wenigstens auf einen Teil der Öffentlichkeit, wie ein Fanal wirken.

Die Spur des Kopernik

von Jan Gdański

Wer jemals Warszawa besuchte, kennt auch die berühmte Straße Nowy Swiat, stand dort schon vor dem Denkmal Koperniks, dem der Bildhauer Thorvaldsen die Züge eines großen Denkers verlieh. Kopernik war Astronom, aber auch Diplomat im geistlichen Gewand, Ökonom, Festungskommandant und Arzt. In seinen Mußestunden widmete er sich der Malerei, der Bildhauerei und der Übersetzung altgriechischer Dichtungen. Als Domherr von Frombork (Frauenburg) führte er ein reiches, ein arbeitsreiches Leben.

Bei seinem Onkel Lukasz Watzenrode, Bischof von Warmia (das sich im Frieden von Toruń 1466 der Herrschaft des Kreuzritterordens entzogen und die Oberhoheit des polnischen Königs anerkannt hatte), wurde der frischgebackene Doktor des kanonischen Rechts nach mehrjährigen Studien in Italien als bischöflicher Privatsekretär rasch mit den politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten Warmias vertraut. Diplomatische Aufträge und die Teilnahme an Staatskonferenzen schärften vor allem den Blick des jungen Domherrn für die Gefahren, die dem Bistum Warmia und Polen von den Deutschrittern drohten. Und er handelte konsequent, als er am 28. Dezember 1512 den Treueid auf König Zygmunt I., den „Herrn und Protektor Warmias“, leistete.

Nach dem Tode des Oheims siedelte Kopernik endgültig nach Frombork über, wo er zum Kanzler des Domkapitels, Visitator der Kapitelgüter und Verwalter der kirchlichen Wirtschaftsunternehmen bestellt wurde. Sein Amtsbereich erstreckte sich auf 120 Dörfer, ausgedehnte Waldungen und Seen. Er unternahm um diese Zeit viele mühselige Reisen in entlegene Gebiete, sorgte für die Besiedlung brachliegender Höfe, versorgte Neusiedler mit Saatgut und Ackergerät, erteilte in Notfällen mehrjährige Befreiung von der Zinspflicht, erteilte den Armen kostenlos ärztliche Hilfe. „Kein Schicksal ist mehr beklagenswert als dasjenige der Bauern“, schrieb er in einem Bericht an das Domkapitel.

Koperniks Wirken war überschattet von einem Revanchekrieg, zu dem der Kreuzritterorden unter Führung des Hochmeisters Albrecht von Hohenzollern rüstete. Es mehrten sich die Einfälle bewaffneter Banden in Warmia. Da der Orden solchen Übergriffen Beistand lieh, intervenierte Kopernik als bevollmächtigter Gesandter des Bischofs und des Kapitels wiederholt in Königsberg, dem Sitz des Hochmeisters. Der Anfang 1520 aufflammende Krieg zwischen den Deutschrittern und Polen stellte den Domherrn, Diplomaten und Ökonomen vor eine neue ungewöhnliche Aufgabe. Von den Kreuzrittern angegriffen und verfolgt, übersiedelte das Kapitel in das Schloß von Olsztyn (Allenstein), dem wichtigsten Stützpunkt in Süd-Warmia. Mikolaj Kopernik wurde zum Verwalter der Burg ernannt. Ihm oblag es, Schloß und Stadt (die auf eine Verteidigung nur ungenügend

vorbereitet waren) für die Abwehr des drohenden Angriffs zu rüsten. Er sorgte für die Verstärkung von Mauern und Bewaffnung und wandte sich am 16. November 1520 mit der Bitte um Hilfe an den „erlauchtesten Fürsten, Herrn Zygmunt, von Gottes Gnaden, König von Polen ... unseren Herrn und allergnädigsten Gebieter“, dem er versicherte: „Wir wollen so handeln, wie es sich für gute und ehrliche und Euer Majestät zutiefst ergebene Männer geziemt, sogar wenn es zu sterben nottäte ...“

Mut und Beharrlichkeit des faktisch zum Verteidiger Olsztyns avancierten Gelehrten trugen entscheidend dazu bei, den Kreuzritter-Überfall mißlingen zu lassen. In Anerkennung seiner Verdienste übertrug ihm das Domkapitel 1521 das Amt des „Kommissars von Warmia“ zur Wiederherstellung von Frieden und Ordnung im von den Kreuzrittern immer wieder gebrandschatzten Grenzgebiet. In einem Schreiben, das erst kürzlich entdeckt wurde, berichtete Kopernik an seine Oberen: „Mit Feuer und Schwert werden wir geplagt ... überfallen und entwaffnet von den immer noch zahlreichen Feinden ... Unsere Häuser, die inmitten offener Felder liegen, sind der Vernichtung durch Verbrecher ausgesetzt.“

Nach 1530 zog Kopernik sich allmählich von Verwaltungsangelegenheiten zurück. Seinen vielfältigen Pflichten setzte aber erst der Beginn einer schleichenden Krankheit (1541) ein Ende. Eines der letzten Zeugnisse seiner Tätigkeit sind die 1531 bearbeiteten Brottarife für Warmia, „Panis coquendi ratio“.

Staatsbürgerliche Aktivität verband Mikolaj Kopernik mit wissenschaftlichem Forscherdrang. So forderte er in dem Traktat „Über die Bewertung der Münze“ eine Reform mit dem Ziel der Aufwertung und Unifizierung der in Warmia und dem Königreich Polen gültigen Münzsysteme. Sein Ruf als erfahrener Arzt drang über die Grenzen Warmias bis an die Mündung der Weichsel. Er behandelte vier Bischöfe des Domkapitels, und 1519 oblag ihm die sanitäre Betreuung der Bevölkerung Warmias während einer Epidemie. Im Olsztyn Museum wird das vermutlich einzige in Polen existierende Rezeptbuch Koperniks aufbewahrt. Der größere Teil der Bibliothek fiel nach dem Tode des Gelehrten (25. Mai 1543) an das Kapitel und wurde im 17. Jahrhundert eine Beute schwedischer Landsknechte.

In der Vergangenheit versuchte man, Mikolaj Kopernik und sein Werk von deutscher Seite mit der Begründung zu annekieren, der Astronom aus Toruń sei „deutschen Blutes“ gewesen — eine auch heute noch in der BRD grassierende These. Kopernik fühlte und handelte in Krieg und Frieden als polnischer Patriot, der seine Heimat gegen die Kreuzritter verteidigte. Als großer Denker, der mit seiner Lehre eine in Aberglauben und Unwissenheit gefangene Welt tief erschütterte, gehört er der ganzen Menschheit. Polen bereitet sich darauf vor, das Jahr 1973 im Zeichen seines 500. Geburtstages zu begehen.

„Fragging“

von Günther Maaß

Noch bevor Präsident Richard Nixon sich anschickt, die Koffer für die Reise nach Peking zu packen, ist er mit einer Indochina-Erklärung vor die Weltöffentlichkeit getreten, die nach Meinung des „Guardian“ „zum Teil ein Ausdruck der Frustration“ ist. „Wie die Dinge liegen“, setzte das Londoner Blatt hinzu, „gehört Nixons Plan größtenteils der Vergangenheit an. Er bringt das Indochina-Problem der Lösung nicht näher.“ Nicht minder pessimistisch äußerte sich James Reston in der „International Herald Tribune“: „In Wirklichkeit wußte Nixon, daß seine Bedingungen für einen Frieden schon abgelehnt waren, bevor er sich entschloß, der Öffentlichkeit von den Geheimverhandlungen zu berichten.“

Wer, wenn auch nur vage, die Hoffnung genährt hatte, der Chef des Weißen Hauses werde mit Rücksicht auf die kommenden Präsidentschaftswahlen sich dazu verstehen, dem Krieg ein Ende zu setzen, und den vollständigen Rückzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam, Laos und Kambodscha verfügen, sieht sich einmal mehr enttäuscht. Was Nixons Weigerung zu einem Friedensschluß auch immer bewirken möge, eine Konsequenz scheint nahezu unabwendbar zu sein: der weitere rapide Verfall der Disziplin seiner Soldaten, die sich in den feuchtheißen Dschungeln Indochinas als verlorenere Haufen empfinden, aufgerufen, für eine Sache zu kämpfen, zu töten und zu sterben, die nicht ihre ist. US-Heeresminister Froehke, so hörte man aus Washington, zeigt sich über den Zustand der Armee ernsthaft besorgt. Amerikanische Truppenführer beklagen lebhaft, daß die Armee durch den Krieg in Vietnam ruiniert wurde; immerhin seien vom 1. Juli 1970 bis zum 1. Mai 1971 68 449 Armeeingehörige desertiert; die Kameradschaft der Truppe sei zerstört, Rassenkonflikte nähmen überhand, und Rauschgift und Korruption hätten einen Zustand der inneren Zersetzung hervorgebracht. „Das schlimmste Problem ist das Rauschgift“, kabelte der New-Yorker Korrespondent des Düsseldorfer „Handelsblattes“. „Das Zeug, das in Vietnam erhältlich ist, soll vier- bis fünfmal stärker sein als das, was in Amerika verkauft wird... Die Armee ist von einer Schieber-Organisation durchsetzt, die bis in die Kommandostellen hinein ihre Vorratsstellen hat. Sie auszuheben scheint ein Ding der Unmöglichkeit.“

Ärger noch plagt die Generalität im Pentagon das Unvermögen, den Geist des Aufbegehrens, der Rebellion zu ersticken oder ihn wenigstens zu kanalisieren. Das Schreckenswort „fragging“ geht um. „Fragging“ aber bedeutet Ungeheuerliches: Soldaten, des langen Kampfes ohne Sieg und Ruhm längst überdrüssig, lassen die Unterkünfte von besonders scharfen Vorgesetzten mitsamt ihren Bewohnern durch Handgranaten und andere Sprengkörper in die Luft gehen. Dazu „Saturday Review“: „Fragging ist zu einem Guerillakrieg innerhalb der Armee geworden. Fragging löst unter Offizieren

s. auch Wb 9/1971 „Krieg im Kriege“

und Unteroffizieren in manchen Gegenden Vietnams mehr Angst aus als der Krieg mit dem Vietkong.“ Das vorherrschende Motiv sei „die Furcht amerikanischer Soldaten, durch den Befehl eines Vorgesetzten verheizt zu werden, also in letzter Minute noch draufzugehen“. Ein Feldwebel berichtete laut „The Overseas Weekly“, die Männer seiner Einheit hätten 350 Dollar für denjenigen gesammelt, der den Leutnant erledigt.

45 amerikanische Offiziere, so wurde unlängst bekannt, sind seit Januar 1970 von ihren Soldaten umgebracht worden. Sicherlich liegt die Dunkelziffer wesentlich höher. Im selben Zeitraum sind 363 Fälle registriert worden, in denen GIs den Versuch gewagt haben, ihre Offiziere oder Unteroffiziere zu töten. In weiteren 118 Fällen konnten endgültige Beweise nicht erbracht werden.

Akte der Verzweiflung oder bewußter Widerstand? Jedenfalls dies: Der Golem wendet sich gegen den eigenen Herrn. Die Herren aber rufen nach „Law and Order“. Hohe amerikanische Offiziere äußerten, eine Rückkehr zum Ausgangspunkt — das heißt die Wiederherstellung der Disziplin im Sinne des militaristischen Systems — könne es nur geben, wenn auch im zivilen öffentlichen Leben Ordnung herrsche. Namentlich eine Reihe Jugendorganisationen hat es ihnen angetan, weil sie junge Menschen lehren, sich nicht widerstandslos den Prozeduren in den Ausbildungslagern der Armee zu unterwerfen. Viele Militärs halten es nicht für notwendig, ihre faschistoide Gesinnung zu verbergen: Schuld an der Misere der amerikanischen Armee seien vor allem die, die Kriegsverbrechen wie das Massaker von Son My „an die Öffentlichkeit zerren“ und den Krieg Washingtons in Indochina als kriminell geißeln.

Die US-Militärs träumen von „Law and Order“. Doch ihre Ruhe wäre die des Friedhofes, ihre Ordnung die eines Zuchthauses.

Für 10 Pfennig Wiedergutmachung

von **Emil Carlebach** (Frankfurt/M.)

Durch die Presse ging die Nachricht, die Witwe Mussolinis klage in Italien auf Erhöhung ihrer Rente auf umgerechnet 700 Mark im Monat. Die arme Frau — wäre sie Westdeutsche, sie könnte ganz anders leben!

Was Hitler heute als pensionierter Reichskanzler bekommen würde, können wir nicht genau sagen. Aber die ehemaligen Staatssekretäre der Hitlerregierung beziehen pro Nase bis zu 2700 Mark Pension im Monat. Sie haben ja „wohlerworbene Beamtenrechte“, und die Bundesrepublik ist stolz darauf, sich als Rechtsstaat zu bezeichnen. Admiral Dönitz, den Hitler noch zu seinem Nachfolger ernannte, bevor er Selbstmord beging, dieser Dönitz bekommt seit seiner Entlassung aus dem Kriegsverbrechergefängnis 1300 Mark Monatspension vom Staat, und die Bundeswehr gratulierte ihm offiziell und öffentlich zu seinem 80. Geburtstag.

Andere Generale und Admirale der ehemaligen Hitlerwehrmacht werden ebenfalls mit hohen Pensionen bedacht, haben sie doch mit soviel Erfolg den Hitlerkrieg geführt, aber auch die Witwen der „verdienten Nationalsozialisten“ sind nicht vergessen. Die Witwe des SS-Gruppenführers Heydrich, des Chefs des berüchtigten Sicherheitsdienstes, des Massenmörders in der Tschechoslowakei, bekommt 1000 Mark Staatspension im Monat. Entsprechend wird die Witwe des Präsidenten des faschistischen „Volksgerichtshofes“, Frau Freisler, bedacht, auch sie erhält 1000 Mark Pension im Monat, hatte ihr verewigter Gatte doch als oberster Mordrichter Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten aufs Schafott geschickt.

Als Bundeskanzler Willy Brandt in Oslo den Friedensnobelpreis bekam, erklärte er, an dieser Stelle wolle er noch einmal alle Männer und Frauen des europäischen Widerstands ehren. Kaum hatte er das gesagt, verkündeten seine Behörden: Von jetzt an wird auch die Mitgliedschaft in der Waffen-SS Himmlers für Rentenzahlungen angerechnet. Ehrung der Widerstandskämpfer ...

Es ist bekannt, daß jene Bundesbürger, die für Hitler auf seiten Francos in der „Legion Condor“ kämpften, diese Zeit als Anwartschaft auf Beamtenpension angerechnet bekommen. Jenen Bundesbürgern dagegen, die als Antifaschisten auf der Seite der spanischen Republik in den Internationalen Brigaden kämpften, wird diese Zeit nicht angerechnet; denn, so hat es ihnen das Bundesarbeitsministerium offiziell bescheinigt, ihr Kampf „lag nicht im deutschen militärischen Interesse“. Die „Legion Condor“, so schrieb das Arbeitsministerium, habe dazu gedient, Waffen und Kriegsmaterial für den zweiten Weltkrieg zu testen — dies könne man von den Kämpfern der Internationalen Brigaden doch nicht behaupten.

Jene Erklärung wurde abgegeben unter dem CDU-Arbeitsminister Katzer. Inzwischen amtiert in Bonn der sozialdemokratische Minister Arendt. Im vergangenen Jahr wurde er in Frankfurt auf einer Pressekonzferenz der Gewerkschaft auf diesen Skandal angesprochen. Er schüttelte bedauernd den Kopf. Geändert hat sich nichts.

Die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik wirkt sich folgendermaßen aus: Nach dem Gesetz verliert ein Beamter, wenn er eine Strafe von mehr als einem Jahr Zuchthaus erhält, seine Pension. Dies trifft nun tatsächlich auf eine Anzahl früherer Gestapobeamteten zu. Und wie entscheidet die Behörde? So: Der Staat ist verpflichtet, für die Sozialversicherung dieser armen Gestapoleute zu sorgen. Also zahlt die Bundesregierung aus der Steuerkasse die Sozialversicherungsbeiträge für die Gestapo nach, damit die zu Zuchthaus verurteilten Bluthunde Himmlers eine entsprechend hohe Rente aus der Sozialversicherung erhalten können. Bei dem früheren NS-Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig, Klagges, wirkte sich das so aus: Er war wegen Massenmordes in einem Verfahren kurz nach Hitlers Ende zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Als er diese abgessen hatte, stand er gemäß dem Gesetz ohne Pension da. Er klagte, und die Verwaltungsgerichtsbarkeit entschied: Der Staat muß

ihm die Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen, die Versicherung muß ihm die Rente entsprechend nachträglich auszahlen. So erhielt Herr Klagges eine aufgelaufene Summe von etwa hunderttausend Mark! Der Bundeskanzler verneigt sich währenddessen in Oslo.

Doch nein, wir wollen objektiv sein. Vor genau einem Jahr, am 1. Februar 1971, trat (26 Jahre nach Hitler) das „Gesetz über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung“ in Kraft. Es sollte, der offiziellen Angabe nach, diejenigen in ihre Rechte einsetzen, die dadurch, daß sie jahrelang im Zuchthaus, Gefängnis oder Konzentrationslager gesessen hatten, in ihrer Sozialversicherungsanwartschaft geschädigt waren. Das wirkte sich zum Beispiel so aus:

Der Witwe des Arbeiters Karl Ditter wurde von der Rentenanstalt mitgeteilt: Die Rente ihres verstorbenen Mannes, der 42 Monate im Gefängnis und im Konzentrationslager gesessen hatte, wurde neu berechnet. Auf Grund der Neuberechnung ergab sich für die gesamten 42 Monate eine Aufstockung um insgesamt 10 (zehn) Pfennig. Wie zum Hohn legte die Behörde als „Wiedergutmachung“ eine Zehnpfennigbriefmarke mit dem Bild des Bundespräsidenten Heinemann bei...

Der Arbeiter Karl Rapp war zweieinhalb Jahre lang ins Aschendorfer Moor geschleppt worden und kam von dort schwer magenkrank zurück. Nach 26 Jahren, am 3. Dezember 1971, entschied die Behörde, daß er tatsächlich Anspruch auf eine Rente habe. Der Bescheid erreichte ihn — an seinem Todestag. Und da diese Rente keinen Anspruch für die Witwe schafft, kann sich diese den Bescheid einrahmen lassen.

Der sozialdemokratische Reichsbannerangehörige Christian Weitz schrieb auf Grund des Gesetzes über die Wiedergutmachung in der Sozialversicherung an die Behörde, man möge doch nun seine Rente neu berechnen. Antwort: Er müsse sich gedulden, zunächst müßten die Renten derjenigen neu berechnet werden, die älter seien als er. Christian Weitz ist 76 Jahre alt...

Wer ist wer?

von Richard Christ

Nehmen wir an, einer wäre ein geschickter Kraftfahrzeugschlosser, oder er kann eine erstklassige Hausmacher-Leberwurst herstellen oder Fernsehantennen montieren — käme da jemand auf den Einfall zu fragen: Warum haben Sie eigentlich ein Pseudonym? Jedermann weiß, für einen vernünftigen Beruf kann man seinen Namen geben. Tarnung ist weder nötig noch vorteilhaft.

Wie hingegen verhält sich das mit den Literaten? Ich bin nicht sicher, ob man sich noch an einen gewissen Ziberkopf erinnert, er ist mein Freund seit langem, aber das macht ihn vielleicht weniger bekannt als seine Neigung, Geschichten zu erzählen; er tut es sein

bisheriges Leben lang und für Leute, die er zumeist nicht kennt, kürzer ausgedrückt, Ziberkopf ist Schriftsteller. In dieser Berufung hat er außergewöhnliche Dinge erfahren, was den Umgang mit Pseudonymen angeht.

Anfangs nämlich, als die ersten seiner Erfindungen abgedruckt wurden, wunderten sich die Leser, wieso es plötzlich einen neuen Autor dieses Namens geben könne. Damals (wir lassen nun Ziberkopf selbst zu Wort kommen), also damals schrieb ich eine Menge Geschichten, vieles davon wurde in einer Zeitschrift veröffentlicht. Der Chefredakteur erhielt Briefe, darin stand, die Geschichten seien vorzüglich zu lesen, aber wer soll eigentlich dieser Ziberkopf sein? Der Chefredakteur antwortete arglos: Der Mann heißt halt so.

Na, diese einfache Erklärung (erzählt Ziberkopf halb belustigt, halb verärgert) war gerade das Richtige für die Leser, die ja das Gras wachsen hören. Wann kommt es schon vor, daß ein neuer Name auftaucht mit Texten, die nicht durch Anfängerisches entstellt sind! Nein nein, so wurde orakelt, hinter diesen Zeilen steckt mit Sicherheit einer, den man kennt, der will uns ein bißchen an der Nase herumführen, Gründe wird er schon haben. Vermutlich ist es der Sowieso, dem Stil nach könnte er's fast sein, aber die Pointen sehen mehr nach dem Soundso aus. Also auf jeden Fall einer von beiden, und wenn beide nicht, dann ein dritter, nur haltet uns nicht für beschränkt: Ziberkopf ist ein Pseudonym, selbst ein literarischer Hinterbänkler muß das merken.

Was war da zu machen! sagt Ziberkopf. Niemand hielt mich für möglich. Wurde ich irgendwem vorgestellt, bekam ich nicht selten zu hören: Was denn, diesen Namen gibt's tatsächlich? Da kann man mal sehen, wie vorsichtig einer sein muß, wenn er ein Pseudonym sucht. Donnerwetter, Mann, da werden Sie ja berühmt, ohne was dafür zu tun! — Einer meiner Kollegen erzählte mir, daß man ihn in letzter Zeit häufig frage, wie er es schaffe, seine Produktivität zu verdoppeln und ein volles pseudonymes Programm zu bewältigen. Und ein anderer kam von einer Lesung irgendwo auf dem Lande zurück und erzählte, man habe ihn gefragt, ob es stimme, daß sich hinter dem Pseudonym Ziberkopf ein Engländer verberge, ein progressiver natürlich. Allmählich, berichtet Ziberkopf betrübt, begann ich zu überlegen, wer ich nun eigentlich sein könne.

Ziberkopf, frage ich da streng, wir kennen uns lang genug, sag ehrlich: Wie ist dein Name?

Blödsinn, sagt Ziberkopf, ich heiße, wie ich heiße. Aber immerzu depersonalisiert zu werden, das verwirrt auf die Dauer.

Und wenn du nun wirklich einen anderen Namen wähltest?

Zu spät. Damals hätte ich's tun müssen, als ich anfang.

Und warum hast du nicht?

Ich hab ja — aber seitdem nie wieder! sagt Ziberkopf. Er war also früher mal in einem Verlag beschäftigt gewesen, da gab er auch irgendein Buch heraus und schrieb dazu, wie das üblich ist, einen

Klappentext. Dann kam jemand von der Zeitung und sagte, sie wollten den Klappentext abdrucken, weil sie für das Buch werben möchten. Von mir aus, sagte Ziberkopf, wenn euch nichts Besseres einfällt, aber setzt wenigstens einen anderen Namen darunter, schreibt Zacharias oder Kilian oder so was, sonst heißt es gleich, der macht für sein eigenes Haus Reklame.

Ein paar Tage nach der Zeitungsveröffentlichung hörte Ziberkopf im Radio seinen Text. Im Abspann wurde behauptet, ein gewisser Zeilengeil habe in der eben gelaufenen Sendung seine Ansichten über Literarisches ins Mikrofon gesprochen. Darauf rief Ziberkopf an und nannte den Funkkritiker einen Plagiator.

Natürlich ist das unter Kollegen die schärfste Verdammung, weil sie ins Forensische reicht, viel schlimmer als Langweiler oder Stilschlamper. Der Zeilengeil meldete sich auch sofort zu einem Rechtfertigungsbesuch. Als er kam, fragte ihn Ziberkopf, wie sich das zur Moral verhalte, für eine Buchbesprechung Klappentexte stehlen.

Machen Sie sich nicht lächerlich, sagte Zeilengeil, er trug keinen Bart und sah überhaupt adrett aus (wie Ziberkopf ohne Gehässigkeit beschreibt), von Diebstahl kann keine Rede sein, ich habe das betreffende Buch ja nie gesehen. Und damit Sie mich nicht erst fragen müssen, wieso ich Meinungen über ungelesene Bücher sagen kann, erkläre ich Ihnen den Vorgang. Also wir hatten in dieser Sendung einen geplatzten Titel und brauchten schnellstens Ersatz, da haben wir uns erlaubt, eine Zeitungsrezension zu verwenden . . .

Ja aber, sagt Ziberkopf, dann ist es ja doch geklaut, wenn nicht aus dem Buch, dann aus der Zeitung, da stand doch darunter, daß der Text von Zacharias Kilian ist.

Der Mikrofönist Zeilengeil stutzt erst, dann lächelt er. Lieber Kollege Ziberkopf, sagt er beschwichtigend, selbstverständlich habe ich vorher mit Kilian gesprochen und seine Erlaubnis eingeholt.

Ach nee, sagt Ziberkopf, und die hat er gegeben?

Können Sie das Gegenteil beweisen? sagt Zeilengeil rasch und macht eine abschließende Verbeugung.

Seitdem, berichtet Ziberkopf, habe ich ein Grauen vor Pseudonymen. Denn das mindeste, was sie schaffen, sind neue, verwirrende Wirklichkeiten. Aber sie bewirken noch mehr, wie mein Beispiel zeigt. Etwa, daß seither nie wieder ein Buch von mir in der Sendung Literarische Ansichten besprochen wurde und daß mich manche Kollegen schief ansehen, nachdem Zeilengeil überall erzählt hat, ich sei ein ganz Gefährlicher, weil ich unter falschem Namen arglosen Kollegen Fallen stelle und darauf lauere, wie einer hineintappt. Verstehst du nun, fragt Ziberkopf, warum mir bedenklich wird, wenn die Leute bei meinem Namen ein Pseudonym vermuten?

Ich fürchte, mein Freund ist da in eine arge Zwickmühle geraten. Ob man ihm empfehlen sollte, sich umtaufen zu lassen?

Mit jungen Dichtern in Jerewan

von Larissa Wassiljewa

Larissa Wassiljewa, geboren 1935, studierte an der Moskauer Universität Philologie und war danach einige Jahre als Journalistin tätig. Seit Mitte der sechziger Jahre hat sie mehrere Gedichtbände veröffentlicht, auch als Nachdichterin ist sie bekannt geworden. Der Verlag Neues Leben, Berlin, hat die Autorin 1971 in der Reihe Poesiealbum vorgestellt.

Da saßen sie vor mir — sechs von den fünfzig, die zum Festival junger sowjetischer Dichtkunst nach Jerewan gekommen waren. Diese Festivals haben Tradition bei uns. Jedes Jahr kommen junge Dichter aus allen Sowjetrepubliken in einer Stadt unseres Landes zusammen. Auf den Festivals werden Gedichte vorgetragen. Man diskutiert darüber, übt Kritik. Dichter der älteren Generation leiten Seminare.

Wie lange liegt es eigentlich zurück, daß ich selbst Gedichte auf einem solchen Festival vorgetragen habe? Jetzt bin ich in einer ganz anderen Eigenschaft nach Jerewan gekommen — ich soll junge Menschen anleiten. Ein wenig betrübt es mich, daß ich aus dem herrlichen Alter heraus bin, und ein wenig stimmt es mich bange, daß sich sechs erwachsene Menschen für mein Seminar eingetragen haben und so viel von mir erwarten. Ich weiß doch selbst, daß man das Dichten nicht lehren kann. Man kann dem anderen nur helfen, sich in sich selbst zurechtzufinden, den Mängeln auf die Spur zu kommen und mögliche Wege für die Entwicklung einer Individualität zu suchen.

Die Individualitäten „meiner“ sechs Seminaristen sind schon rein äußerlich sehr deutlich ausgeprägt: der schmalgesichtige, groß-äugige, drängende Usbeke und seine bedachtsam-ausgeglichene Landsmännin, der zarte junge Mann aus Tadshikistan und der sonnenverbrannte Kirgise mit den breiten Backenknochen, die junge Russin mit den feinen Gesichtszügen und der hünenhafte, weißblonde, bedächtige Este. Sie blicken mich an, ohne ihre Erregung zu verbergen. Zum erstenmal werden sie ein Urteil über ihre Verse hören — nicht nur von mir, sondern auch einer vom anderen. In den Augen eines von ihnen lese ich Mißtrauen — vielleicht kennt er meine Gedichte, und sie widerstreben seiner Dichternatur?

Ich beginne das Seminar. Das Schwierige dabei ist, daß die Teilnehmer verschiedenen Nationalitäten angehören. Die Bekanntschaft mit ihren Gedichten wird also im wesentlichen den Weg über die zeilenweise Übersetzung nehmen.

Der Usbeke kommt als erster zu Wort. Ich bitte ihn, in seiner Muttersprache vorzutragen. Alle sind von den starken, kehligen Lauten der usbekischen Sprache bezaubert. Wieder und wieder bitten wir ihn zu lesen. Dann beugen wir uns über die zeilenweisen Übersetzungen. Aber was ist das? Was sollen diese banalen, hohlen, nichtssagenden Worte? Wir bitten den Autor, nochmals zu übersetzen, was er vorgetragen hat. Tatsächlich, die zeilenweise Überset-

zung stimmt. Heißt das, daß wir nicht gute Verse, sondern die Musik einer fremden Sprache gehört haben? In der Tat.

Ein Seminarteilnehmer nach dem anderen meldet sich zu Wort. Heftig und gerecht kritisieren sie den jungen Usbeken. Er ist erregt, seine Wangen glühen.

„Was ist also, soll ich das Schreiben lassen? Bin ich kein Dichter?“ Diese Frage gilt mir.

Was soll ich ihm antworten? Habe ich ein Recht, dieses letzte, harte Wort zu sprechen?

„Lassen Sie es, wenn Sie können.“

„Das kann ich nicht! Ich gebe nicht auf! Ich werde mich noch durchsetzen!“

Er hat Charakter. Das stimmt hoffnungsvoll.

Der Tadshike ergreift das Wort. Die Musik seiner Sprache ist noch berückender. Doch ich spüre bei allen Zurückhaltung — eben erst sind sie auf die „Musik der Sprache“ hereingefallen. Jeder will so schnell wie möglich die zeilenweise Übersetzung lesen. Allgemeines erleichtertes Aufatmen — die Verse sind rein, kristallklar, zart und dem Verfasser sehr ähnlich. Allerdings werden ihm unnötige Längen und einige überhebliche, entlehnte Bilder vorgeworfen.

Durch die Fenster des Hörsaals, in dem wir beisammensitzen, schaut ein heiterer, goldener Herbsttag herein. Jerewan liegt ausgebreitet vor uns, in einen rosigen Schleier gehüllt — harmonisch und schön.

Der junge Mann aus Estland blickt traurig durchs Fenster. Jetzt wird er seine Gedichte vortragen und vielleicht harte Worte zu hören bekommen. Noch hat er nicht ein Zipfelchen von Jerewan gesehen — er ist zum erstenmal hier. Seine Verse sind kurz, zumeist reimlos und kontemplativ kalt. Als ihm Kälte vorgeworfen wird, erwidert er, das sei nicht Kälte, sondern eine gewisse Eigenart des nationalen Charakters, das sei kein Abweichen von den großen Themen der Gegenwart, sondern der Wunsch zu sagen, was man weiß und was man fühlt.

Ich finde, er hat recht. Wiederum aber auch nicht. Mir wäre es lieb, wenn er williger von einer gewissen Leblosigkeit in seinen Versen abließe. Doch er ist der erste, der nicht auf mich hören will. „Das ist Charaktersache!“ beharrt er und blickt aus dem Fenster. Ärgerlich bitte ich den nächsten Dichter, mit dem Vortrag zu beginnen.

Unbeholfen erhebt sich der Kirgise. Er spricht ruhig und ausgeglichen. Aber irgendwie — man kann nicht sagen wie — erzeugt er augenblicklich eine Atmosphäre der Erregung. Nein, seine Sprache ist nicht so klangvoll wie die tadshikische, aber die Zauberkraft der Poesie geht von allem aus, was Sholon Mamytow, der Arzt aus dem Pamir, vorträgt.

Seine Lesung ist zu Ende. Für einen Augenblick herrscht Schweigen, und alle Augen heften sich an die zeilenweise Übersetzung. Der Geruch der Steppe, das Getrappel der roten Stuten, der kehlige

Gesang des Reiters und die purpurnen Frühlingstulpen sind in diesen klaren, reinen Zeilen.

„Sholon, wo sind Ihnen denn rote Pferde begegnet?“ fragt spöttisch der junge Este.

„In der Steppe“, entgegnet Sholon ruhig. „Beim Sonnenuntergang sind unsere ohnehin rotbraunen Pferde feuerrot. Wenn ich mich in den Sattel schwingen und das Pferd lostrabt, ist mir, als lodere um mich ein Feuer...“

„Reiten Sie oft?“ fragt der Este. In seiner Stimme scheint Neid mitzuschwingen.

„Fast jeden Tag, wenn es nötig ist“, sagt Sholon, als verstehe sich das von selbst, und fügt nach einigem Nachdenken hinzu: „Hör mal, Junge, ich weiß, was dir fehlt. Raff dich mal auf und komm zu mir nach Osch. Ich werde dir so viele Wunder zeigen, daß dir die Verse von selbst aus der Feder fließen. Dir fehlt es ja nur an Farben; dein Denken ist poetisch und interessant.“

Der Este lächelt. „Geht das denn?“ fragt er.

„Warum nicht? Du bist mein Gast, mein liebster Gast.“

Das Seminar geht weiter. In der Aussprache kommen wir auf die Dichterschulen, die Geheimnisse Puschkins und die Prinzipien der Übersetzung zu sprechen. Mir ist leicht und wohl zumute. Ich fühle mich nicht als Belehrende, und meine jungen Kollegen fühlen sich nicht als Schüler.

Draußen fließen die Farben von Jerewan ineinander. Ich schlage vor, daß wir alle von dem Berg hinabsteigen, auf dem unser Haus steht, und durch die Stadt schlendern. „Sappho mit ihren Zöglingen!“ stichelt mein Freund, ein Moskauer Dichter.

Lange bummeln wir durch die Stadt, nicht mehr als dichtgedrängte Gruppe, sondern zu zweit, zu dritt, von einem zum andern wechselnd. Der Este und der Kirgise sind unzertrennlich. Sie unterhalten sich leise, aber man sieht, daß der Este von Eindrücken randvoll ist und auch Sholon von dieser Unterhaltung gefesselt wird.

Als Jens, der Este, meinen Blick auffängt, wendet er sich mit den Worten zu mir um:

„Ich werde wirklich fahren und mir die roten Pferde ansehen.“

Chefredakteur: Peter Theek

Die Weltbühne

veröffentlicht unter der Lizenznummer 1263 des Pressamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
erscheint jeden Dienstag zum Einzelpreis von 50 Pfennig im Verlag der Weltbühne, v. Ossietzky & Co., 106 Berlin, Otto-Nuschke-Straße 10/11, Postfach-Nr. 1240, Telefon: 22 11 45 – Telegr.-Adresse: Weltbühne Berlin – Postscheck-Konto: Berlin 153 780 – Bank-Konto: Berliner Stadtkontor, 108 Berlin, Behrenstraße, Konto-Nr. 6651-14-592
Verwertung der Beiträge nur nach Zustimmung des Verlages der Weltbühne

Für nicht erbetene Manuskripte haften wir nicht!

Anzeigenannahme: DEWAG-WERBUNG BERLIN, DDR, 102 Berlin, Rosenthaler Straße 28-31, Fernruf: 22 627 80, und alle DEWAG-Zweigstellen.
Zur Zeit gilt Anzeigen-Preisliste Nr. 1

(140) Druckerei Neucs Deutschland, 1054 Berlin

Bemerkungen

Der entfesselte Moderator

Falls mich die leider spärlichen Erinnerungen an meinen Latein-Unterricht nicht trügen, so hat *moderatio* etwas mit Mäßigung und ruhiger Fassung zu tun. Ich sehe also im Fremdwörterbuch nach und erfahre, ein Moderator sei ein „Stoff, der die Geschwindigkeit der atomspaltenden Neutronen verringert“.

Nun darf man diese Definition auf die „Moderatoren“ des Fernsehens natürlich nur in höchst übertragenem Sinne anwenden.

In Mainz haben sie allerdings einen Moderator, der am liebsten selber Atome oder auch Köpfe spalten möchte. Der Mann, der sich so gebärdet, heißt Gerhard Löwenthal.

Herr Löwenthal verfügt immerhin über das Talent, seine offensichtliche Hysterie von Sendung zu Sendung noch zu steigern.

Am 26. Januar 1972 sagte er von dem Schriftsteller Heinrich Böll, dieser sei „wie andere sogenannte Intellektuelle ein Sympathisant des roten Faschismus“.

Da blieb mir denn doch jene Spucke, welche Herr Löwenthal in so großen Mengen öffentlich produziert, einen Augenblick lang weg.

Nun ist Löwenthal zweifellos über den Verdacht erhaben, ein Intellektueller zu sein, nicht mal ein sogenannter. Aber er gibt doch einen ganz ordentlichen Faschisten ab, und zwar einen tiefbraunen.

l. k.

Das Ereignis

Neulich war ich Gast bei einer sogenannten Feierstunde. Redner redeten, Rezitatoren rezitierten, Musiker musizierten. Man hätte meinen können, dies gelte uns, den Zuhörern. Irrtum! Nicht für uns wurde der Aufwand getrieben, sondern für einen Schwarm von Pressefotografen und Kameraleuten. Ihnen, nicht uns, sollte etwas geboten werden. Etwas, das sich knipsen, kurbeln, „schießen“ ließ.

Eifrige, pflichtbesessene, unersättliche Reporter! Fanatische Priester der Göttin Information! Zu Dutzenden, in geschlossener Formation, rücken sie an, wo immer sich Leute zu einer Feierstunde versammeln. Mit Scheinwerfern, Kabelgewirr, großmächtigen Stativen, surrenden und klickenden Apparaturen verbreiten sie sich über den Saal, nehmen strategische Posten ein, beobachten mit Luchsäugen die ersten Reihen, in denen prominente Gäste erwartet werden.

Aber das sind nur die Vorbereitungen. Richtig anfangen tun sie erst, sobald geredet, musiziert, rezitiert wird. Dann beginnt aufgeregtes Umherlaufen, anstrengendes Gliederverrenken auf der Suche nach dem originellsten Aufnahmewinkel. Man fragt sich nur, wenn man sie so niederknien oder sich weit vorbeugen sieht, wieso am Ende doch immer wieder die gleichen langweiligen Versammlungsbilder zustande kommen.

Der Redner ist vermutlich mit erpresserischen Mitteln gezwungen worden, den Fotografen Einblick in sein Manuskript zu

gewähren. Nur so läßt sich erklären, daß sie immer aufs genaueste wissen, was er vorhat. In dem Augenblick, da er die Stimme etwas hebt, weil er zu einer besonders wichtigen Passage ansetzt, lösen sie ihre Generaloffensive aus. Alle Lichtschalter knacken, alle Scheinwerfer leuchten auf, die Motoren aller Kameras setzen sich in surrende Bewegung. Vom Licht geblendet, von dem Lärm zugedeckt, hält der Redner tapfer an seinem Konzept fest. Er redet weiter. Aber nicht für uns, seine Zuhörer, die wir nichts mehr hören. Er redet für die Welt draußen. Das Ereignis ist nichts, der Fernsehbericht von dem Ereignis ist alles!

Der Fernsehbericht, zusammengeschnitten auf zehn Sekunden, mit zurückgenommenem, unverständlichem Originalton, dafür überlagert von dem das Ereignis einschätzenden Kommentar eines unsichtbaren Sprechers, der uns sagt, wie bedeutsam die Veranstaltung war, — er ist der eigentliche Zweck, zu dem wir uns versammelt haben!

H. K.

Sapporo und Pearl Harbor?

Faszinierend sind die Schanzen der Skispringer. Mut haben die Leute, die da vom Schanzentisch abheben und zu Tale segeln. Skipiloten nennen manche sie bewundernd. Die Fernseh-Berichte aus Sapporo bescheren auch in dieser Hinsicht wieder prickelnde Spannung für das Heimkino.

Auch ein Foto in der Hamburger Zeitung „Die Welt“ machte dieser Tage auf die Reize des Skispringens aufmerksam. Die 90-m-

Schanze von Sapporo — ein schönes Motiv: Der immer breiter werdende Auslauf, links der Kampf-richterturm, von dem aus die Hal- tungsnoten und Weitenpunkte an- gezeigt werden, rechts die Zuschauer- ränge, Treppen im Schnee. Indes erweckt das Foto den Eindruck, als hätte der Fotograf das Motiv „ge- stellt“, und ein Fachmann wäre um diesen Beweis vermutlich nicht verlegen. Im Vordergrund blinzeln nämlich zwei japanische Olympi- helfer, Soldaten, auffällig in die Kamera; wie aufgefordert: jetzt bitte hierher sehen! Die beiden Ja- paner tragen Stahlhelme. Mag das den Bildautor oder den Redakteur zu einer durch und durch unolymp- ischen Unterschrift veranlaßt ha- ben? Oder war es böse Absicht? Der auffallend groß gesetzte Text lautet: „Spezialschanze: Vor der größten Flugveranstaltung seit Pearl Harbor.“

Pearl Harbor? Der Vergleich ist typisch Springer-rüde. Japans mei- sterliche Skispringer, allen voran der dreifache Sieger der Vier- schanzentournee 1972, Yukio Ka- saya — und die Fluggeschwader des japanischen Imperialismus beim berüchtigten Luftüberfall da- mals, einer der vielen grauenhaf- ten „Flugveranstaltungen“ des zweiten Weltkrieges.

Es ist kaum anzunehmen, daß der „Welt“-Vergleich die Veran- stalter der XI. Winterspiele angenehm berührt. Makellos richtete man in Japan schon 1964 die Sommerspiele aus und wertet jetzt die ersten olympischen Winterspiele in Asien als neue große Verpflichtung. Den 1200 Sportlern aus 35 Ländern Gastfreundschaft von Format und Lebenswürdigkeit zu bieten, wird als selbstverständlich angesehen. Einer aus der Schar der Organisa-

toren, der „Bürgermeister“ des Olympischen Dorfes, Kunio Funazu, sprach vom gegenseitigen Verstehen und Achten, „wie es der olympische Geist gebietet“.

Es wäre von Springers „Welt“ sicher zuviel verlangt, wollte man olympischen Geist in ihren Spalten suchen. Pearl Harbor kennt man dort verständlicherweise besser.

Joachim Pfitzner

Von Hausser bis Guttenberg ...

Sicherlich gibt es zwischen dem ehemaligen SS-General Paul Hausser und dem Freiherrn zu Guttenberg diesen und jenen Unterschied, im Buchdienst der Münchner „National-Zeitung“ werden aber beide mit gleicher Lautstärke angepriesen. Für die Neo-Nazi-Zeitung sind offensichtlich die Ähnlichkeiten zwischen dem SS-General und dem CSU-Matador bedeutend größer als die Unterschiede.

Haussers Buch „Soldaten wie andere auch“ wird mit folgendem Werbetext angeboten: „Der Weg der Waffen-SS. Eine überzeugende Rechtfertigung.“

Über Guttenbergs Buch „Im Interesse der Freiheit“ heißt es: „Guttenberg erhebt eindringlich seine Stimme gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung ...“

Aber auch noch andere, hier angepriesene Autoren zeigen sich ganz auf der Höhe der Zeit. Ein Mann namens Roth stellt die Frage „Wieso waren unsere Väter Verbrecher?“ Dreimal darf man raten, wie Roth diese Frage beantwortet. Ein anderer Autor, Aretz heißt er, hat ein Buch geschrieben mit dem Titel

„Hexen-Einmal-Eins einer Lüge“. Was mag damit wohl gemeint sein? Sollte sich der Verfasser etwa den Springer-Konzern vorgenommen haben? Der Buchdienst der „National-Zeitung“ verrät, worum es geht: „Gründliche und umfassende Darstellung des ganzen Komplexes der Judenverfolgung im Rahmen des Zeitgeschehens ...“

Von Hausser bis Guttenberg, von Roth bis Aretz: die geben sich kaum was nach, der „Buchdienst“ der Neo-Nazi-Zeitung vereinigt sie in holder Eintracht. Die Überschrift der betreffenden Seite lautet: „Unser Buchdienst bietet Ihnen“ — muß sich das die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik wirklich bieten lassen?

nym

„Wer soll nun ...?“

Wer soll nun die Kinder lehren, „Und die Wissenschaft vermehren?“ fragt aufgebracht der heitere Wilhelm Busch, als er den vierten Streich von Max und Moritz erzählt. Die beiden Bösewichte hatten Lehrer Lämpels Meerschampfeife zur Explosion gebracht, womit auch die Schule lähmegelegt war.

Die Kapitalisten legen auf ihre Weise die Schule lahm. Schulschließungen sind nämlich heute in Großbritannien die Begleiterscheinung von Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit, und der „Morning Star“ ist durchaus im Recht, wenn er diese Erscheinung zu den „beunruhigsten“ zählt. Denn diese Betriebsschließungen als Folge von Krise und Konzentration haben auch die Konsequenz, daß eine Tradition, nämlich die Ausbildung von hochqualifizierten Facharbeitern in diesen Betrieben abrupt beendet wird. Die Firma Kearns in Altrincham beispielsweise

schloß vor kurzem ihre Berufsschule für Lehrlinge, die früher etwa jährlich 40 Facharbeiter hervorbrachte. Und so sind im Gebiet von Manchester, das gegenwärtig von der Krise besonders schwer betroffen ist, wie die Arbeitslosenzahlen zeigen, noch manche andere Bildungsstätten mit den Betrieben geschlossen worden.

Schulen sind schwerer gegründet und unterhalten als geschlossen. Der Schaden ist nicht so einfach zu beheben wie nach der Missetat von Max und Moritz: „Mit der Zeit wird alles heil, Nur die Pfeife hat ihr Teil.“

G. S.

Kohl

Weltbühnenleser Ernst Wagner aus Berlin gab uns Kenntnis von einem interessanten Briefwechsel mit einem Rat des Stadtbezirks. Es handelte sich um die Sperrung eines vielbenutzten sogenannten Privatwegs, die Bürger wollten wegen der Aufhebung dieser Sperrung mit den Kollegen vom Rat diskutieren. Doch dazu kam es nicht, denn Mitarbeiter von Behörden (sogenannte „Organe“) belehren in komplizierten Fällen die Antragsteller lieber schriftlich. Etwa so:

„...jeder Eigentümer hat das Recht, seinen Grund und Boden zu schützen und einzuzäunen. Das ist von ihm auch deshalb notwendig, da Unfallschäden oder andere Schadenersatzansprüche zu seinen Lasten gehen... Die Maßnahme war unumgänglich, damit alle Belange der gesellschaftlichen Ebene in diesem Bereich des Ortsteiles gewahrt werden...“

Die Wahrung aller Belange der gesellschaftlichen Ebene in diesem Bereich des Ortsteiles besteht offenbar darin, daß man die Ebene zwar betreten darf, aber nicht auf Privatwegen.

„Im Gegensatz zu Ihnen sind die entsprechenden Organe des Rates

der Überzeugung, daß von einer fußläufigen Mehrbelastung, durch die Schließung des Weges bedingt, nicht gesprochen werden kann.“

Unser Leser zeigte sich solcher kopfdenklichen Mehrbelastung nicht gewachsen, der Privatweg bleibt gesperrt, und die Bürger in jenem Bereich des Ortsteiles müssen nach wie vor Umwege machen.

Zu Erleichterung dieser Bemühung kann ich ihnen im Interesse ihrer gesellschaftlichen und privaten Gehorgane nur empfehlen, unverzüglich das bekannte sozialmedizinische Fachbuch „Hohe Schule der Fußläufigkeit“ zu studieren.

*

Im Zusammenhang mit der oben zitierten Fußläufigkeit fällt mir übrigens ein, daß wir neulich im Anzeigenteil auf die folgende Offerte gestoßen sind:

„Preiswert! Wildledermantel, neuwert., kurzläufig z. verk.“

Wir sind aber nicht auf den Vorschlag eingegangen, da wir schon der kalten Witterung wegen langkurzige Mäntel bevorzugen.

*

Neulich besuchte ich eine sogenannte Imbißhalle... In unserer Sprache wird ja noch die engste Bruchbude als „Halle“ bezeichnet, und kein Mensch weiß, warum; mit dem gleichen Recht könnte man die größte überdachte Berliner Sportstätte das „Werner-Seelenbinder-Stübchen“ nennen. Diese Imbißhalle beeindruckte mich durch eine handgemalte Preistafel, die mit der Mitteilung eingeleitet wurde: „Kein Ausschank von alkoholischen Getränken!“

Demzufolge war an erster Stelle des Sortiments aufgeführt: „Grog von Rumverschnitt... 1,50 M.“

Ich habe mir ein Glas Grog gekauft.

Das Getränk schmeckte tatsächlich alkoholfrei.

F. M.

Aus dem Inhalt der letzten Weltbühnenhefte

XXVII

- Nr. 1 Hermann Budzislawski Grenzen der Expansion
Joachim Walther Bilder von drüben
B. Brentjes ... Profit durch einen geschlossenen Kanal
Kurt Vogel In Jugoslawien
G. Cwojdrak Spaß an spanischen Sprichwörtern
Rhenanus Die Sichtbaren und die Unsichtbaren
Richard Christ Gute Vorsätze für Unverbesserliche
Gisela May Amerikanische Impressionen (II)
Emil Carlebach Die Pressefreiheit der Besitzer
H. Keisch Arten, einen Staat anzuerkennen
Almos Csongár Die Magyaren und ihre Literatur
Lothar Kusche Wo Barzel den Most nicht holt
- Nr. 2 Peter Theek Die dritte „Wunderwaffe“
Lothar Lang Edvard Munch in Berlin
J. Kuczynski Kapitalistische Wirtschaft 1972
H. Budzislawski Ein Architekt der Volksfront
Gisela May Amerikanische Impressionen (III)
B. Brentjes Der „heiße Brei“ in der Neujahrsnacht
Quidam Herzblatt Arning
Horst Metz Wird Wasser Luxus?
L. L. Frans Masereel
Pedro Fuentes Wahlen in Uruguay
Peter Ahrens Film zwischen 71 und 72
Horst Schötzki In Mogadischu
R. Christ Der Liebe und der Werbung Wellen
- Nr. 3 Hermann Budzislawski Das Thema des Jahres
Joachim Joesten Rauschgift und Geheimdienst
G. Schaffer (London) .. Stürmischer Beginn in England
Siegfried Schiller Manfred von Ardenne wird 65
Hanns Schwarz Schriftliche Sexualberatung
Rhenanus (Bonn) Der Eppler macht Karriere
L. Lang Die Brecht-Bühne des Karl von Appen
Margrit Pittman In einem „freien Land“
Emil Carlebach Wildwest rund um die Uhr
Günther Cwojdrak Ein paar Schritte in Paris
L. Kusche Eigentümlichkeiten des Einzelhandels
Richard Christ Duftschöpfungen
- Nr. 4 Somebody Justiz auf kalifornisch
Siegbert Kahn Der Präsident und das Dementi
Jochen General Francos Magd kündigt
Rhenanus (Bonn) Die Inflation und die Gangster
H. W. Rabener ... Wo beginnt der Alkoholmißbrauch?
Friedrich Herneck Heiliger und Kommunist
Lothar Kusche Abenteuer des Schienenstranges
Nâzim Hikmet Das ist unser Land
Burchard Brentjes Algerien heute
Leonhard Kossuth Die zweite Offenbarung
Richard Christ Die lästigen Hüllen

Absender:

Postkarte



Bitte senden Sie ein Probeheft an:

Verlag der Weltbühne

Name

Adresse

108 BERLIN

Otto-Nuschke-Straße 10/11

Postfach-Nr. 1240

Bestellschein

Die stark umrandeten Felder werden von der Deutschen Post ausgefüllt

Empfangsstellennummer des PZV	Zustellbezirk	Einziehbezirk
-------------------------------	---------------	---------------

 Ich bestelle hiermit ab _____ zur Zustellung
 _____ zur Abholung*

33 805

212

 _____ Stück **Die Weltbühne** zu den Bezugsbedingungen
 lt. Postzeitungsliste zum Abonnementspreis von 2,20 M

Artikelnummer

WGr

Kartenummer

Bitte in Blockschrift ausfüllen: _____ (für Monatsbezug)

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

(Postleitzahl, Wohnort)

(Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk)

Das Abonnementsgeld wird bar bezahlt*

ist abzubuchen vom Konto Nr. _____ beim _____

(Postscheckamt, Bank, u. a.)

* Nichtzutreffendes streichen

(Eigenhändige Unterschrift des Bestellers)

Bezieherkarte/ Kundenkarte berichtigt	Adreßplatte geprägt Z 47 ausgefertigt	Bestellvermerk	Verteilkarte berichtigt	Vermerke
---	--	----------------	----------------------------	----------